

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Lawrence Klein **3** Monetäre Theorie des Zinses
- Thomas Huth **7** Zins und Wachstum
- Helmut Creutz **14** Vollgeld und Grundeinkommen
- Jörg Gude **20** Anmerkungen zu Josef Hubers Urteil über Gesell und die Freiwirtschaft
- Erhard Glötzl **24** Die Verwirrungen um die vermeintliche Buchgeldschöpfung durch die Geschäftsbanken
- 29** Personalie – Bücher – Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

seit mittlerweile dreißig Jahren gilt die Trias von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung als das oberste Leitbild der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Doch die entschiedensten Verfechter des Freihandels greifen selbst zu protektionistischen Mitteln. Mit bis zu 30%igen Schutzzöllen wird die US-amerikanische Stahlindustrie gegen ausländische Konkurrenz abgeschirmt. Was soll man von Grundsätzen halten, die nicht einmal für ihre eigenen Verfechter verbindlich sind?

Ernüchterung brachte auch die UN-Konferenz "Financing for Development" im März 2002 in Monterrey/Mexico. Die Nichtregierungsorganisationen konnten sich dort leider nicht mit ihren Vorstellungen über strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft durchsetzen (vgl. hierzu Folge 132 der Zeitschrift für Sozialökonomie). Stattdessen blieb es bei dem Versprechen der amerikanischen Regierung, die Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren stufenweise anzuheben. Im Vergleich zu den Rüstungsausgaben werden jedoch nur kleine Milliardenbeträge in Aussicht gestellt. Die Armut in der Welt wird sich damit wohl kaum in dem Maße verringern lassen, wie es als Vorbeugung gegen Gewalt, Terror und Krieg erforderlich wäre.

Tragisch ist nur, dass sich viele Globalisierungskritiker durch das irreführende Etikett 'Neoliberalismus' dazu verleiten lassen, den "Götzen Markt" anzuprangern. Dabei bleibt die strukturelle Macht des Geldes von Kritik weitgehend verschont und kann weiterhin eine Vermachtung der scheinbar freien Märkte bewirken. So geht der Streit zwischen Befürwortern und Kritikern der Globalisierung um mehr oder weniger Markt vorerst noch weiter am monetären Kern des Problems vorbei – und das, obwohl Keynes schon vor langer Zeit in Anlehnung an Gesell die Aufmerksamkeit der Ökonomie auf diese Problematik zu lenken versuchte. Jedoch vermochte er weder bei

den Postkeynesianern noch bei den Neoklassikern das nötige Problembewusstsein zu wecken. Inzwischen profitieren rechte Populisten von den langjährigen Versäumnissen der orthodoxen Ökonomie und ihrer linken Kritiker.

Immerhin beginnen einige Geldexperten einzusehen, dass "die theoretische Forschung aufgrund ihrer fehlerhaften Annahmen über Jahrzehnte kaum praktisch verwertbare Ergebnisse geliefert hat." Deshalb hat die Professorin Victoria Chick als Inhaberin des Stiftungslehrstuhls der Deutschen Bundesbank an der Freien Universität Berlin im März 2001 zu einer Konferenz "Geldpolitik in einer Welt mit endogener Geldversorgung und globalen Kapitalbewegungen" eingeladen. International renommierte Ökonomen aus den USA, Kanada, Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland beklagten, dass Zentralbanken zwar einen indirekten Einfluss auf den kurzfristigen Zinssatz am Geldmarkt hätten, dass sie aber die Entwicklung der Geldmenge nicht wirklich im Griff hätten. Deshalb sollten die makroökonomischen Theorien fortan die Transmissionsmechanismen zwischen der Geldpolitik sowie den Banken und Kreditmärkten gründlicher untersuchen. (Sebastian Dullien, Ökonomen halten Geldtheorie für realitätsfern, in: Financial Times Deutschland vom 5.4.2001)

Dieser Silberstreifen am Horizont der Ökonomie weckt Hoffnungen und gibt uns einen guten Anlass, in diesem Heft an die lange Zeit vergessene oder auch belächelte Gesell-Keynes-Connection zu erinnern und sie mit dem neueren "Vollgeld"-Konzept des Soziologen Prof. Josef Huber in eine gedankliche Beziehung zu setzen. Auch bei den nächsten Mündener Gesprächen am 19.–20. Oktober 2002 soll es um die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der Geldtheorie und Geldpolitik gehen. Bitte beachten Sie die Einladung auf Seite 35 in diesem Heft und auch die Hinweise zum neuen Veranstaltungsort.

Ihr Werner Onken

John Maynard Keynes als Vordenker einer Neutralisierung des Geldes und einer Spekulationssteuer

"Weltliche Weisheit lehrt, dass es besser für den Ruf ist, konventionell zu versagen, als unkonventionell erfolgreich zu sein." (S. 133)

"Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität. ... Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben (zur Neutralisierung seines Liquiditätsvorteils; d.Red.), sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erwogen zu werden." (S. 131 und 196)

"Die Gefahr nimmt zu, dass die Spekulation die Oberhand gewinnt. ... Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielsaales wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden. ... Die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse dürfte sich als die zweckmäßigste verfügbare Reform erweisen, um die Vorherrschaft der Spekulation über die Unternehmungslust ... abzuschwächen." (S. 134-135)

"Es sollte verhältnismäßig leicht sein, Kapitalgüter so reichlich zu machen, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals null ist. Dies mag der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben würden. ... Ich betrachte daher die Rentierseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase. Es wird ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, dass der sanfte Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst gesehen haben und keine Revolution erfordern wird." (S. 185 und 317)

John Maynard Keynes (1883- 1946),
Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1935). Berlin 1936/1974

Lawrence Klein:

Monetäre Theorie des Zinses *

Der andere große Baustein des keynesianischen Systems scheint sehr viel weniger einleuchtend in der älteren Literatur. Die wichtigste Verbindung, die aufgefunden werden kann, ist die zwischen Keynes und Gesell. Der Letzgenannte erhält in der "Allgemeinen Theorie" ein großes Lob. Gesell wiederum rühmt Proudhon, den Zeitgenossen von Karl Marx. Dillard spürte sehr sorgfältig der Ideenkette von Proudhon zu Gesell und zu Keynes nach und wir werden von Dillards überragender Arbeit in dem, was folgt, Gebrauch machen. (Quellenangabe auf Seite 6)

Soweit die theoretische Volkswirtschaftslehre berührt ist, liegt die hauptsächliche Beziehung zwischen diesen drei Autoren in den Zusammenhängen zwischen ihren Theorien des Geldes und des Zinses. Diese beiden Vorläufer des Keynesianismus hatten keine Theorie der Bestimmung von Output und Beschäftigung. Sie sahen nicht die Bedeutung der Gleichsetzung von Ersparnissen und Investition. Jedoch trafen alle drei Autoren überraschenderweise ähnliche Werturteile bezüglich des Kapitalismus. Dillard hat Proudhon und Gesell als Sozialisten in der antimarxistischen Tradition eingeordnet. Tatsächlich wurde Proudhon bekannt in der Folge der Kontroverse mit Marx. Das Thema des antimarxistischen Sozialismus bestand im Angriff auf das Einkommen des Rentiers hauptsächlich in Form als Zinsen für Geld und als Bodenrente. Proudhon und Gesell lobten den schöpferischen Unternehmer und kritisierten den Rentier. Sie wollten keine kollektivistische Gesellschaft ohne private Eigentumsrechte über die Zielsetzungen der Produktion, sondern sie strebten unverfälschte Geld- und Bodenreformen in einer Ordnung des Kapitalismus¹ an. Diese Werturteile über die sozioökonomische Umwelt differieren nicht weit von denen von Keynes. Er hat sich

ebenfalls dem Rentier entgegen gestellt; die Tatsache dieser Opposition hat ihn dazu gebracht, folgerichtig in seinen Schriften die Inflation der Deflation vorzuziehen. Auch hat Keynes den Unternehmer als denjenigen angesehen, der als die eigentliche treibende Kraft in unser Wirtschaft das Wachstum des Kapitals anregt. Die Lehrmeinungen zum 'sanften Tod des Rentiers' lassen sich in die Schriften aller drei Autoren integrieren.

Proudhon lebte in Frankreich während des Zeitraums vor und nach der Revolution von 1848. In den Jahren vor der Revolution war die Bank von Frankreich die bedeutendste Finanzinstitution des Landes. Kleinunternehmer, die vorherrschten, fanden es schwierig, an Bankkredite zu gelangen; und diese finanzielle Situation weckte bei Proudhon die Ideen für seine Vorschläge für eine Kur von den ökonomischen Krankheiten seiner Zeit. Er dachte, dass nach einer Ersetzung der Bank von Frankreich durch seine reformierte Tauschbank sowie durch eine Reduzierung des Zinssatzes auf Null (oder nahe bei Null) die Nachfrage immer den Markt von allen produzierten Gütern räumen würde. Der Vorschlag der Tauschbank bestand darin, Wechsel in den allgemeinen Umlauf zu bringen. Die Produzenten sollten einen Wechsel an die Konsumenten ausstellen; diese würden ihn akzeptieren und daraufhin würden die Produzenten den Wechsel bei der Bank einreichen zur Diskontierung zu einem zu vernachlässigenden Zinssatz.² Die Bank würde dann ihren eigenen Wechsel, der zum Nennwert umlief und nicht in bar rückkaufbar war, für den Produzentenwechsel eintauschen. Proudhons Volksbank hatte die Vollbeschäftigung zu sichern, indem sie Geld und Kredit im Überfluss schaffte. Sein Programm war eine reine Geldreform und ließ viele bedeutsame Erwägungen bezüglich des Verhältnisses von Sparen und Investieren unerwähnt.

Proudhon betrachtete den Zins als ein rein geldliches Phänomen und berücksichtigte, dass das Niveau der Zinsrate weitgehend durch das

* Deutsche Übersetzung des Kapitels 5 "Die Vorläufer der 'Allgemeinen Theorie'" aus dem Buch "The Keynesian Revolution" des amerikanischen Ökonomie-Nobelpreisträgers Lawrence Klein (London: Macmillan 2. Auflage 1968 - Nachdruck 1980, S. 147-152). Die Übersetzung erfolgte durch Dipl.-Vw. Jörg Gude.

verfügbare Angebot an geldlichen Mitteln bestimmt werde. Er hatte den Keim der Idee einer Liquiditätspräferenztheorie des Zinses, aber er ist keinesfalls bei einer vollständigen Zinstheorie angelangt. Seine Theorie geht davon aus, dass der Zins eine Belohnung ist, die an den Halter liquider Mittel zu entrichten ist, auf dass er angeregt werde, sein Geld so einzusetzen, dass es für die Produktion genutzt werden kann. Proudhon beleuchtete nicht all die psychologischen und institutionellen Faktoren, die zusammenwirken, um die Liquiditätspräferenz zu bestimmen; er sah jedoch die ökonomischen Alternativen, die Zinssätze für die Allokation haben.

Aber wie bei so vielen Vorläufern des Keynesianismus gibt es hierbei Unstimmigkeiten. Diese Unstimmigkeiten sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass niemand die vollständige, in sich zusammenhängende Theorie vorweggenommen hat, sondern lediglich einzelne Bausteine. Proudhon zeigte seine Inkonsistenz mit der keynesianischen Ökonomie durch seine Unterstützung einer Politik der Lohnkürzungen, um das Beschäftigungsniveau ansteigen zu lassen. Es muss in Erinnerung gerufen werden, dass Proudhon über keine Theorie der Beschäftigung verfügte, sondern nur über Ansätze einer Theorie des Zinses. Er führte die wohlbekannten klassischen Argumente zur Unterstützung der Lohnreduzierungen an. Mit einem gegebenen Kreditvolumen könnten mehr Transaktionen zu einem geringeren Lohnniveau ausgeführt werden. Jedoch, wäre Proudhon vollständig vereinbar mit seiner Antirentier-Position geblieben, so hätte er inflationäre Methoden anstelle von Lohnkürzungen unterstützt, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Tatsache, dass Proudhon kein zuverlässiger Unterstützer der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeit war, mag der eigentlich kritische Punkt in diesem Zusammenhang sein. Folgerichtig lehnte er Gewerkschaften und Streiks ab.

Proudhons Werk diente Gesell als Anregung, aber letzterer entwickelte viele originelle Ideen über jene hinaus, die ihm durch den ersteren nahegelegt wurden. Die Grundlage der Gesellschen Theorie des Zinses ist der materielle

Unterschied zwischen Gütern und Geld. Gesell war ziemlich emotional hinsichtlich dieses unfairen Unterschieds. Er sagte: Die angebotenen Waren verderben, sie verlieren Gewicht und Qualität und nehmen kontinuierlich im Preis ab im Vergleich mit frischer Ware. Rost, Feuchtigkeit, Verderbnis, Frost, Bruchschaden, Mäuse, Motten, Fliegen, Spinnen, Staub, Wind, Beleuchtung, Hagel und Erdbeben, Seuchen, Unfälle, Überschwemmungen sowie Diebe führen fortwährend und erfolgreich Feldzüge gegen Menge und Qualität der Waren. ...³ Im Gegensatz dazu unterliegt die Nachfrage, wie wir bereits gesehen haben, nicht diesem Druck. Sie besteht aus Gold, einem wertvollen Metall, welches, wie der Ausdruck voraussetzt, eine außergewöhnliche Position unter den Gütern der Erde einnimmt. Gold mag als eine beinahe fremde Sache angesehen werden, sich erfolgreich auf der Erde einschleichend und widersetzend gegenüber allen zerstörerischen Kräften der Natur.⁴

Ausgehend von diesen zwei Zitaten finden wir das wesentliche Element der Gesellschen Theorie des Zinses, die Eigentümlichkeit des Geldes als Wertspeicher. Geld kann erfolgreich brachliegend gehalten werden, ohne dass es sich materiell verschlechtert. Deshalb, so argumentiert Gesell, sind die Geldhalter in der Lage, eine Prämie für ihren Gebrauch zu fordern. Wenn Entleiher sich weigern, eine Prämie zu zahlen, dann haben die Schatzhalter keinen Grund, Geld zu verleihen, weil es sich nicht in ihren Händen im Wert verschlechtert. Güter jedoch können nicht unbegrenzt gehalten werden (ausgenommen die Ausnahmefälle wie Wein), ohne ihren Wert zu verlieren. Die Besitzer von Gütern wären schon sehr glücklich, wenn sie ihre Güter verleihen könnten und in der Zukunft im Gegenzug genauso viele Güter zurückzuerhalten würden, wie sie ausgeliehen haben, befreit von jeder Wertminderung. Gesell würde die Rückgewähr von gleichen Mengen von Gütern durch den Entleiher als Rückgewähr zum Nullzins bezeichnen. Jedoch erhält der Verleiher mehr zurück als er anderweitig besessen hätte, falls er sich entschieden hätte, die Güter zu behalten. Es ist wirklich eine Frage, ob die Prämie der Nichtverschlechterung den tatsächlichen Zinssatz beinhaltet oder nicht.

Auf jeden Fall dachte Gesell, dass Geld lediglich ein Mittel des Austausches und nicht ein Wertspeicher sein sollte. Seine Begründung beruhte auf dem Vergleich der wesentlichen Unterschiede zwischen einer Tausch- und einer Geldwirtschaft. Er legte dar, dass in einer Tauschwirtschaft Güter gegen Güter ausgetauscht werden zu ihren Gegenwartswerten ohne Zinsbelastungen und dass stets Vollbeschäftigung erreicht wird. Der einzige Grund, weshalb Geld in die Volkswirtschaft eingeführt wird, besteht darin, die Aufrechterhaltung einer wirksamen Arbeitsteilung in der Wirtschaft zu erleichtern. Gesell wünschte sich das Geld lediglich als einen Schleier und es war ihm bewusst, dass die Welt noch nicht in dieser Weise funktionierte.

Bislang ist das Geld nicht bloß ein Schleier, sondern es beeinflusst von sich aus das Wirtschaftsgeschehen. Deshalb kritisierte Gesell das Geldsystem, weil es den Menschen ermöglicht, aufgrund der Hortbarkeit des Geldes Zinsen zu erzielen. Er schrieb die Schwankungen im Output und in der Beschäftigung den monetären Krankheiten unseres Wirtschaftssystems zu.

Gesells überzeugende Punkte waren natürlich die Theorie des Zinses und des Geldes. Er hatte jedoch auch einige Überlegungen zum Sparen und Investieren. Er verfehlte vieles von dem Ersparnis-Investitions-Problem, doch sind einige seiner Gesichtspunkte wert, bedacht zu werden. Er bemerkte: Der Zins ist zweifelsohne ein besonderer Reiz für den Sparer. Aber dieser spezielle Reiz ist nicht notwendig, wenn eben ohne ihn der Spartrieb hinreichend groß ist. ... Es ist sicherlich einfacher, 5 Dollar von 200 Dollar zu sparen als von 100 Dollar. Wenn jemand mit einem Lohn von 100 Dollar teilweise wegen seines Zinsmotivs sich selbst 10 Dollar zum eigenen und seiner Kinder Vorteil vorenthält, so kann er aufgrund seiner natürlichen Sparneigung vermutlich von seinem 200-Dollar-Lohn wenn nicht 110 Dollar, so doch auf jeden Fall mehr als 10 Dollar zur Seite legen. Gesell zufolge werde in der Natur durchaus ohne einen Zinsanreiz gespart. Bienen und Murmeltiere sparen, obgleich ihre Läger ihnen keinen Zins und viele Feinde eintragen. Naturvölker sparen, obgleich unter ihnen der Zins unbekannt ist.

Warum sollte der zivilisierte Mensch anders handeln?⁵

Diese Beobachtung ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass Gesell die Ersparnisse in einen Zusammenhang mit dem Niveau des Einkommens setzte und nicht in Zusammenhang mit dem Zinssatz. Er sprach von Investitionen als der Verfügung über Ersparnisse. In diesem Zusammenhang schrieb er: Aber niemand rückt mit seinen Geldersparnissen heraus, bevor ihm Zins versprochen wird, und der Arbeitgeber kann keinen Zins zahlen, wenn das, was er produziert nicht wenigstens soviel Zins einträgt wie von ihm für die Nutzung der Ersparnisse verlangt wird.⁶

Investoren müssen Erträge auf ihre Investition erhalten, wenn sie gezwungen sind, mit den Fonds von Erspartem zu teilen, und Kreditnehmer müssen eine Belohnung ernten aus ihrer Investitionstätigkeit, die Erträge abwerfen in Höhe und oberhalb der Zinsberechnung. Dies ist das Wesentliche des vorausgegangenen Zitats. Aber Gesell führte niemals unsere wirtschaftlichen Störungen auf das Fehlen eines Ausgleichs zwischen Ersparnis und Investition zurück. Er gelangte nie zum Kern des Problems einer Betrachtung der Bestimmungsgründe der effektiven Nachfrage.

Obwohl Gesell sein Geldreformprogramm lange vor seiner Zinstheorie entwickelte, kann sein politisches Programm von der Theorie her logisch abgeleitet werden. Andererseits Gesell wahrscheinlich – wie auch Keynes – sein theoretisches Gebäude von den Beobachtungen der realen Welt seiner Zeit abgeleitet und von praktischen Wirtschaftspolitiken her entwickelt. Seine Reformmaßnahmen folgten ziemlich urwüchsig aus seiner Erörterung der Eigenschaften von Gütern und Geld. Er wünschte, das Geld auf den Status von Gütern herabzusetzen; das meint, es genauso zur Verschlechterung zu nötigen, so dass es nicht ertragreich sein würde, Geld zu halten und dadurch den Zins zu erzwingen. Sein Plan war der des gestempelten Geldes ("stamp scrip"). Er schlug einen einzigen Typ gesetzlichen Zahlungsmittels vor, nicht einlösbar in bar, mit dem Erfordernis einer periodischen Klebmarke, um das Geld auf seinem Nennwert zu halten. Wenn

es für jeden Dollar erforderlich wäre, periodisch mit einer Klebmarke versehen zu werden, wobei die Klebmarken sich beispielsweise auf 5 oder 6 Cents umgerechnet auf ein Jahr belaufen würden, so wäre nicht mehr einträglich, Geld zu horten; und die Menschen würden es vorziehen, es für Güter auszugeben. Gesell dachte, dass das Preisniveau durch eine strikte Kontrolle über die Notenemission und eine Verstetigung einer hortungsfreien Geldzirkulation stabilisiert werden könnte. Mit dieser grundlegenden Reform hoffte er, unsere ökonomischen Probleme lösen zu können. Was Gesell zu sagen hatte, war ziemlich gut und enthielt viel Wahres, aber er ging nicht weit genug. Er hätte die Auswirkungen gestempelten Geldes auf den Konsum, die Ersparnisse, die Investition und das Einkommen untersuchen sollen. Er war intensiver mit den Preisen und mit dem Zins beschäftigt als mit der Beschäftigung und dem Einkommen. Es ist vermutlich wahr, dass gestempeltes Geld vorteilhaft für die Verausgabung von Geld wäre, sowohl für den Konsum als auch für die Investitionen, und dass auf diesem Wege höhere Einkommensniveaus erzeugt würden. Doch übersah Gesell noch vieles in Bezug auf dieses Problem.

Dieses Kapitel schließen wir mit dem Hinweis ab, dass wissenschaftliche Ökonomen bereit sind, die "Verschrobenern", insbesondere die Geldreformer, zu ignorieren. Johannsen, Foster und Catchings, Hobson und Gesell – sie alle machten vorzügliche Beiträge in unserer Zeit, aber konnten kein Gehör finden. Hoffentlich werden die Wirtschaftswissenschaftler in Zukunft jenen ein wohlwollendes Ohr schenken, die ein großes Maß an wirtschaftlichem Einfühlungsvermögen besitzen.

Anmerkungen

- 1 Anmerkung des Übersetzers: Das Wort capitalism läßt eine andere Übersetzung nicht zu. Gemeint ist aber eine freiheitliche Ordnung der Marktwirtschaft, insbesondere wenn man weiß, dass in freiwirtschaftlichen Kreisen die Überwindung des Kapitalismus, d.h. der systembedingten Verzinsung von Geldguthaben sowie die privatnützige Aneignung des Bodenzinses tendenziell angestrebt wird.
- 2 Zunächst würde die Zinsrate hoch genug angesetzt werden, um die allgemeinen Geschäftskosten zu decken.
- 3 The Natural Economic Order, Free.Economy, San Antonio, 1934, S.93.
- 4 Ebenda, S. 95.
- 5 Ebenda, S. 252-253.
- 6 Ebenda, S. 114.

Keynes über den Einfluss des Welthandels auf Krieg und Frieden

"Ich habe erwähnt, dass das neue System günstiger für den Frieden sein könnte, als es das alte gewesen ist. Kriege haben verschiedene Ursachen. Diktatoren und andere, denen der Krieg eine angenehme Erregung bietet, finden es leicht, auf die natürliche Kriegslust ihrer Völker zu wirken. Darüber hinaus sind es aber die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege, nämlich der Druck der Bevölkerung und der Konkurrenzkampf um Märkte, die ihre Aufgabe erleichtern, die volkstümliche Flamme anzufachen. Es ist der zweite Faktor, der eine überwiegende Rolle gespielt hat und wieder spielen könnte. (...)

Wenn die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlandspolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen, braucht es keine wirtschaftlichen Kräfte zu geben, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen. Es würde immer noch Raum für die internationale Arbeitsteilung und für internationale Anleihen zu geeigneten Bedingungen geben. Aber es gäbe keinen drückenden Beweggrund mehr, warum ein Land seine Waren einem anderen aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückstoßen sollte. (...) Internationaler Handel würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelter Mittel, die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrecht zu erhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt; er würde ein ungehinderter Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Zuständen des gegenseitigen Vorteils sein. (...)

Ist die Erfüllung dieser Ideen eine traumhafte Hoffnung? Sind die Interessen, die sie durchkreuzen werden, stärker und deutlicher als jene, denen sie dienen werden?"

in: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936/1974, S. 322–323.

Dudley Dillard: Proudhon, Gesell and Keynes – An Investigation of some 'Anti-Marxian-Socialist' Antecedents of Keynes' General Theory. Dissertation University of California 1940. Nachdruck: St. Georgen 1997. – ISBN 3-929741-14-8

Thomas Huth:

Zinssatz und Wachstumsrate in der Marktwirtschaft

Wie funktioniert die Marktwirtschaft?

Die große Alternative (der Planwirtschaft) wurde demaskiert und schaffte sich vor mehr als zehn Jahren sozusagen selber ab. Wir leben einstweilen in marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftssystemen. Doch nicht alles fällt hier zum Wohlgefallen aller aus. Kritische Geister thematisieren in letzter Zeit verstärkt die Alternative "Marktwirtschaft statt Kapitalismus". Viele sagen: Theoretisch ist eine Marktwirtschaft, in der es überall Wettbewerb gibt, ein ideales gesellschaftliches System, absolut reicher werden auf die Dauer (fast) alle, relativ reicher wird hier auf die Dauer nur der Tüchtigere. Nur noch wenige halten entgegen: Nach wie vor leben die Besitzenden vom Besitz des "Kapitals", also der Produktionsmittel, und dies wird immer so sein (Marx), und durch die im System offenbar angelegte Tendenz zum permanenten Wachstum wird es sich selbst ad absurdum führen, denn nichts kann auf die Dauer exponentiell wachsen.

Die Thesen des Buches "Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht"¹ sind eigentlich nur eine Synthese dessen, was die theoretische VWL in ihren besten und unvoreingenommensten Vertretern eigentlich über die Marktwirtschaft zu sagen weiß:

1. Einkommen aus reinem Kapitalbesitz kann anders als beim Boden keine dauernde Einkommensquelle sein, weil das (d.h. das Realkapital), was dieses Einkommen aufgrund seiner Knappheit ermöglicht, auch von anderen nachgefragt werden wird (Keynes), denn jeder will arbeitsloses Einkommen.

2. Diese Nachfrage nach arbeitslosem Einkommen heißt Investition; sie ist Motiv und Movers der Marktwirtschaft, nicht die bürgerliche Tugend des Sparens, denn: "die Kraft, welche die Unternehmungstätigkeit treibt, ist nicht die Ersparnis, sondern der Gewinn" (Keynes)².

3. Das Verlangen teilzuhaben oder (noch) mehr zu partizipieren an der (Grenzleistungs-) Fähigkeit des Kapitals, arbeitsloses Einkommen zu verschaffen, führt dazu, dass Marktwirtschaften wachsen. Wenn es keine technischen Veränderungen und kein Bevölkerungswachstum gibt, wird solange investiert, bis das Kapital aufhört, knapp zu sein (Keynes)³. Auch das Wachstum hört dann auf.

4. Dieser Zustand wird optimal sein, denn wir werden eine Menge Kapitalgüter besitzen, die, gemessen an der konstanten Bevölkerung, das Einkommen, also den Konsum dieser Bevölkerung maximieren wird (Allais)⁴. Hier gibt es keinen Zins (Schumpeter) und auch kein (Netto-)Kapitaleinkommen. Aber bereits der Wachstumsweg dorthin, auf dem, und nur dann, es Zins und Kapitaleinkommen geben muss (Walras), wird in jeder Periode den Konsum so hoch wie möglich machen, also optimal sein (von Weizsäcker)⁵. Dass die Menschen lieber konsumieren wollen und nicht sparen, bestimmt nur die Dauer des Prozesses: Wenn wenig gespart wird, dauert es länger.

5. Das Verlangen nach arbeitslosem Einkommen maximiert also das Arbeitseinkommen! Dies ist die "unsichtbare Hand", das Paradox des Wettbewerbs (Smith). Denn, wie man zeigen kann: Die "Kapitalisten" verdienen nur neues Kapital, und wenn und insoweit sie konsumieren wollen, müssen Nicht-Kapitalisten (Arbeiter) sparen. Diesen Konsequenzen weicht "das Kapital" v.a. durch den technischen Fortschritt aus; wir brauchen dann neues, anderes Kapital und der ganze Prozess beginnt von vorn (Schumpeter).

6. Die Marktwirtschaft ist also sozusagen ein (dialektisches) System, das vor sich selbst, vor seinen eigenen Konsequenzen davonläuft. Eine Wirtschaftsflaute bekommen wir daher, wenn die Investitionen schnell (hohes Wachstum), der Strom technischer Neuerungen aber langsam

oder (wie im Buch) gar nicht fließt; und dies hängt (wie bei Keynes und Gesell) mit dem Geld zusammen ...

Und obgleich ihnen diese Gedanken auf den ersten Blick so ähnlich sind, sehen beide, die herrschende Wirtschaftslehre und ihr scheinbar bedeutendster Antipode, der Marxismus, dies doch ganz anders. Denn: "Sowohl die Manchester-Schule wie der Marxismus stammen letzten Endes von Ricardo ab – eine Folgerung, die nur bei oberflächlicher Betrachtung zu überraschen braucht" (Keynes)⁶.

Investition und Akkumulation

Ein (normatives) Theorem der theoretischen Volkswirtschaftslehre sagt aus, dass der Pro-Kopf-Konsum in einer wachsenden Volkswirtschaft maximal sein wird, wenn der Realzinssatz ebenso hoch wie die Wachstumsrate ist. Aber sowohl die existierenden neoklassischen, post-keynesianischen oder auch marxistischen Wirtschaftstheorien kommen zu dem Ergebnis, dass der Zinssatz immer höher als die Wachstumsrate sein wird. Kurz gesagt, wird dies so begründet, dass die Bezieher des Kapitaleinkommens dieses i. d. R. nicht vollständig, sondern nur zum Teil reinvestieren, also zum Ankauf neuen Realkapitals verwenden werden. Begründet wird dies, wenn es denn begründet wird, damit, dass die Bezieher von Kapitaleinkommen wie jeder Mensch eine prinzipielle Abneigung gegen aufgeschobenen Konsum hegen. Die Überwindung dieser Abneigung vergütet "der Markt" mit dem Mehrkonsum, der durch den Zins ermöglicht wird. Aus der Goldenen Regel folgt natürlich zwingend, dass in einer stationären Volkswirtschaft, wie der Nobelpreisträger Allais erstmals gezeigt hat, der gesellschaftliche Konsum nur bei einem Zinssatz von null maximal sein würde. In der herrschenden volkswirtschaftlichen Theorie hingegen wird natürlich auch für nichtwachsende Volkswirtschaften ein positiver Zinssatz vorausgesetzt. Da diese Annahme falsch ist, überrascht es eigentlich nicht, dass alle realen, d.h. nicht-monetären Theorien über den Zinssatz in einer stationären Gesellschaft fehlgeschlagen sind. Lediglich Schumpeter hat behauptet, dass in einer stationären

Wirtschaft ein positiver Zinssatz nicht möglich sein würde. Dies indes gilt – unbeschadet einer überzeugenden theoretischen Alternative – noch immer als sein "peinlichster Irrtum".⁷

D.h., es gibt in der herrschenden Wirtschaftstheorie keinen aus dem Verhalten der Wirtschaftssubjekte abgeleiteten Mechanismus, der auf die tatsächliche Realisierung des Ergebnisses der Goldenen Regel hinwirken würde. Im Gegenteil. Letztlich lässt sich dies darauf zurückführen, dass die vor- und antikeynesische These lautet: Die Ersparnis wird investiert, eine Annahme, die zu einer Reihe von logischen Widersprüchen und theoretischen Anomalien und Paradoxien führt, auf die die herrschenden Theorien keine Antwort wissen. Dies wiederum ist Ausfluss der Tatsache, dass es außer bei Keynes und einigen seiner Anhänger (v.a. Tobin) keine schlüssige Investitionstheorie gibt. Doch auch bei Keynes und Tobin selbst bleiben die investitionstheoretischen Aussagen einzelwirtschaftlich begründet, ihre makroökonomischen Konsequenzen zu untersuchen, hat Keynes ganz unterlassen, Tobin hat sie zwar fort-, aber u.E. nicht schlüssig zu Ende geführt.

Wie und wo kann man das keynesische Investitionskalkül in einem makroökonomischen Modell lokalisieren? Man kann, wenn man seine zweisektorale Modellstruktur aus "Vom Gelde" mit den Konzepten der "Allgemeinen Theorie" (wo der Strukturaspekt der gesellschaftlichen Produktion zu kurz kommt) zusammenführt. Uns führt diese Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Goldene Regel in einem perfekten Wettbewerbsgleichgewicht verwirklicht sein wird. Und dies ist ganz unabhängig davon, ob die Menschen zukünftigen Konsumnutzen mit einer subjektiven "Zeitpräferenzrate" diskontieren wollen oder nicht.

Dies indes hat einige Konsequenzen für die Beurteilung des "kapitalistischen" Wettbewerbsystems: gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen nicht reproduzierbarem Grund und Boden, der, soweit knapp, immer ein konsumierbares Nettoeinkommen abwerfen wird, und reproduzierbaren Kapitalgütern? Folgt man der klassisch-marxistischen oder der neoklassisch-postkeynesianischen Theorie, dann ist das Einkommen aus realem Kapitalbesitz letztlich bis

zu einem bestimmten Grad ebenso vor dem Wettbewerb geschützt wie die Bodenrente: Da Kapitaleinkommensbezieher auch konsumieren wollen (überlegt man genau, dann folgt der Konsum aus Kapitaleinkommen ebenso wie der Zins also aus dem Willen zum Konsum, dem Willen zum Zins; aber so funktioniert der Wettbewerb nicht), werden sie ihr Kapitaleinkommen niemals vollständig reinvestieren, so dass die Wertsumme der Investitionen hinter der Wertsumme der Gewinne (Profite) zurückbleiben wird. Bezieht man beide auf den Wert des gegebenen Kapitalstocks, folgt zwangsläufig, dass auch die Wachstumsrate hinter dem Realzinssatz zurückbleiben wird. Das bedeutet schlicht, dass das Ausmaß der Kapitalgüterproduktion durch die Ersparnis determiniert und limitiert wird. Folgt man diesem unhaltbaren Ansatz – den nebenbei bemerkt, im Grundsatz auch Gesell vertritt, jedoch richtig so interpretiert, dass die Ersparnis mit sinkendem Zinssatz steigt – dann bleibt reales Kapital immer knapp, und es wird knapp gehalten "wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß", d. h. wegen der Unwilligkeit, auf Gegenwartsverbrauch zu verzichten, keinesfalls aber "wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld", wie es bei Keynes bekanntlich und unantastbar richtig heißt. Denn, so die herrschende Theorie, welche Rolle soll Geld, das neutrale Tauschmedium, der Schleier, wie Pigou gesagt hat, in diesem Zusammenhang schon spielen können? All dies lässt sich schließlich auch ableiten, ohne die Rolle des Geldes auch nur zu erwähnen!

Sieht man es so, dann bleibt man natürlich immer bei der offenbar unwiderlegbaren These stehen, dass der Zins letztlich so etwas wie die Belohnung für den gesellschaftlich notwendigen und höchst erwünschten Konsumverzicht ist. Und es ist nicht so leicht, dies wirklich wissenschaftlich als eine "bürgerliche Ideologie", also "falsches Bewußtsein" "zu entlarven", wie es in so gut wie allen streng marxistischen Publikationen hieß. Man brachte es lediglich zu spöttischen Redensarten über die Rothschilds und Rockefellers, deren Verzichtsschmerz man nicht allzu hoch veranschlagte.

Untersucht man diese Zusammenhänge in einem stationären Wirtschaftsmodell wie etwa

dem von Marx, dann zeigt sich, dass es eine "Profitrate" gibt, die – lassen wir den Unternehmerlohn beiseite – ein Maß ist für das Verhältnis der Kapitaleinkommen zum eingesetzten Kapital. Da Marx die Existenz eines Geldzinses nicht bestreitet, kommt es nun darauf an: ist das Kapital des "fungierenden Kapitalisten" (gemeint ist der Unternehmer; und kulturhistorisch war er nun, weil "eigentlicher Kapitalist" für hundert Jahre der "Feind") vom "Geldkapitalisten" geliehen ("eigentlicher Kapitalist" durch Jahrtausende, spielt er gar keine Rolle mehr: die Um- und Ablenkung war – wohl ungewollt und vorbereitet durch die unvollkommenen bis falschen Theorien der klassischen bürgerlichen Ökonomen von W. Petty bis A. Smith und D. Ricardo – endgültig vollzogen), dann wird der Profit teilweise oder ganz an den Geldkapitalisten abgeführt, andernfalls gehört er dem fungierenden Kapitalisten. Der Profit des "Unternehmer-Kapitalisten" (ein damals neuer, bis dato unbekannter Akteur auf der Bühne der Gesellschaft, den indes wichtige frühe Vertreter der "bürgerlichen", neoklassischen Theorie akzeptiert hatten) ist das primäre Phänomen, aus ihm erst wird der Geldzins abgeleitet und gerechtfertigt. Solche feinsinnigen Unterschiede wurden in der neoklassischen Theorie lange Zeit lediglich ganz am Rande oder gar nicht thematisiert, denn eigentlich gibt es gar kein Geld in der reinen neoklassischen Theorie, die sonst zu exakt denselben Ergebnissen wie Marx kommt. Denn dass der Kapitalzins statt aus der Mehrarbeit der "unmittelbaren Produzenten" nun aus der Knappheit der Produktionsmittel, ihrer Grenzproduktivität, abgeleitet wurde, ist nur die Beschreibung eines identischen Sachverhalts aus anderem Blickwinkel. Die Tatsache des arbeitslosen Einkommens bleibt.

Warum nun ist das System überhaupt erträglich und zeigte sich den alternativen (sozialistischen) Gesellschaftsentwürfen auch durch seine Dynamik so sehr überlegen? Weil die "bürgerliche Familie", die ewig lebt, eine nicht so hohe Zeitpräferenzrate besitzt, nicht so widerwillig spart, wie man befürchten könnte. Dann, so die neoklassische Theorie, hängt alles vom generativen Verhalten der Arbeitsbevölkerung, dem technischen Fortschritt und der Sparneigung

(der Kapitalisten) ab: Das System wächst und die Reallöhne steigen. Führt man schweres mathematisches Geschütz (Variationsrechnung bzw. Theorie optimaler Kontrolle; man behandelt das System also wie eine perfekt gesteuerte Planwirtschaft) auf, dann kann man zeigen, welche Sparquoten für verschiedene Diskontraten, mit denen die bürgerliche Familie zukünftigen Konsumnutzen abwertet, für verschiedene Raten der Bevölkerungsvermehrung bei gegebenem relativen Einkommen des Kapitals optimal sein werden. Und diese optimalen Sparquoten werden für positive Diskontsätze immer niedriger sein als die Einkommensquoten des Kapitals, die Wachstumsrate wird also niedriger sein als der Zinssatz, und dies wird selbstverständlich auch gelten, wenn die bürgerliche Familie einst den Endzustand vollkommenen Glücks ("bliss" bei F. P. Ramsey, der in einer genialen formalen Leistung dies alles gezeigt hat und auf den man sich gern beruft) erreicht hat: Auch im stationären Zustand ist der Zinssatz zwangsläufig positiv.⁸

Aber das Einkommen des Kapitals wird nicht gegeben sein! Das (Brutto- oder Netto-)Einkommen des Kapitals wird nicht höher sein können als der Gesamtbetrag des akkumulierten Kapitals, also die Brutto- bzw. Nettoinvestitionen. Denn die Investition ist nicht gleichbedeutend mit der Verteilung des Einkommens oder Konsums über die Zeit, wie die neoklassische Theorie unterstellt. Das Sparen dient diesem Zweck, nicht die Investition, denn die Investitionskalküle der Kapitalwert- oder Rendite-Methoden, die wir aus der einzel- (d.h. betriebswirtschaftlichen) oder gesamtwirtschaftlichen Theorie (die keynessche Theorie der Grenzleistungsfähigkeit der Investition, die q -Theorie des kürzlich verstorbenen keynesianischen Nobelpreisträgers Tobin) kennen, geben ganz andere Antworten auf die Frage, warum eigentlich investiert wird, und so hat es auch Irving Fisher gesehen. Und Ersparnis und Investition können überhaupt nur in einer Geldwirtschaft differieren, die I-S-Problematik ist überhaupt nur in einer Geldwirtschaft virulent. Ist Realkapital knapp wie Boden, dann verschafft es als sog. Quasirente arbeitsloses Einkommen wie dieser. Investition kann und muss verstanden werden als die Nachfrage nach

arbeitslosem Einkommen, das dieses Kapital abwirft. Indes, durch die Akkumulation sinkt diese Fähigkeit, d.h. die Grenzleistungsfähigkeit des reproduzierbaren Kapitals, arbeitsloses Einkommen (Konsum) als Quasirente zu verschaffen. In der Tat hat Keynes dieses Denken von seinem akademischen Lehrer A. Marshall, dem großen Cambridge-Ökonomen übernommen und weiterentwickelt.

Ein schwieriges Problem, mit dem Marshall gerungen hatte, war die nicht zu seiner völligen Zufriedenheit gelungene Einbettung der Quasirente des Kapitals in sein ökonomisches Gedankengebäude. Das beste und klarste (freilich fiktive) Beispiel, zu dem er gelangte, waren die produktiven meteoric stones, die durch einen meteoric shower auf die Erde – all in one place – herabregnen und die, weil absolut begrenzt an der Zahl, eine reine und absolute Rente abwerfen, die durch ihre Grenzproduktivität in der Produktion bestimmt wird.⁹ Ihr Preis, den Marshall als Nachfragepreis bezeichnet, ist wie der Preis des Bodens durch die mit dem Zinssatz diskontierte ökonomische Rente bestimmt. Nun nehmen wir an, sie seien räumlich verstreut, aber in mehr als ausreichender Menge niedergegangen. Dann, so Marshall, werden sie solange "gesucht" (d.h. "produziert" und investiert), bis ihre Rente gleich ihren Suchkosten sein wird. D.h. ihr Angebotspreis, die steigenden Grenzproduktionskosten der Suchaktivitäten, wird dann gleich ihrem mit zunehmender Menge fallenden Nachfragepreis sein.

Wenn wir also mit Marshall und Keynes in einem zweisektoralen Modell mit zwei Gütern, einem Konsumgut und einem Kapitalgut (die meteoric stones), und zwei Faktoren, Kapital und Arbeit, argumentieren, dann wird die Kapitalgutproduktion solange ausgedehnt werden, wie das Einkommen des Kapitals in der Konsumgüterproduktion höher ist als das Einkommen der Arbeit (die Produktionskosten des Kapitals) in der Kapitalgüterindustrie. Die keynessche Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (besser: der Investition) wird solange noch höher sein als der Zinssatz, d.h. die Rentabilität des Realkapitals; und dies ist gleichbedeutend damit, dass die Tobin-Relation (Tobins q), das Verhält-

nis von Nachfrage- oder Marktpreis des Kapitals (der diskontierte Wert des Profits) und Angebotspreis (Produktionskosten) des Kapitals (gleichbedeutend mit den Arbeitskosten einer Maschine) größer ist als eins. Es wird also investiert, solange das Kapital mehr wert ist als es kostet. Wenn Gleichheit zwischen den keynesschen oder tobinschen Größen besteht, wird das Investitionsvolumen optimal sein, denn dies ist gleichbedeutend mit der Übereinstimmung von Zinssatz und Wachstumsrate. D.h. aber auch, dass die Investition als Nachfrage nach arbeitslosem Einkommen das Arbeitseinkommen, ebenso hoch wie der gesamte Konsumgüteroutput, maximiert.

Wenn wir diesen Akkumulationsprozess, wie in den neoklassischen und postkeynesianischen Theorien üblich, als realwirtschaftlichen Prozess ohne Berücksichtigung des Geldes auffassen, wird jedes kurzfristige Periodengleichgewicht, das durch die Übereinstimmung von Realzinssatz und Grenzleistungsfähigkeit der Investition gekennzeichnet ist, gerade zu einem Bruttooutput des Investitionsgütersektors führen, der gleichzeitig die Wachstumsrate des Kapitalstocks an den Realzinssatz angleichen wird. Der daraus resultierende Anstieg des Kapitalstocks wird bei konstanter Arbeitsmenge die Grenzproduktivität des Kapitals in beiden Sektoren verringern, also zu sinkenden Realzinssätzen und Wachstumsraten und steigenden Reallöhnen führen. Für gegebene Verwendungsparameter des Bruttoeinkommens in Form der marginalen Konsum- und Sparquoten aus Arbeits- bzw. Kapitaleinkommen wird die Akkumulation zu einer bestimmten Kapitalmenge führen, für die die Nettogrenzproduktivität des Kapitals null geworden sein wird, d.h. das System wird stationär, so dass bei einer Wachstumsrate von null auch der Realzinssatz gleich null geworden sein wird. Dies ist der natürliche Zustand einer mit Kapital (realem oder wie Gesell sagt: Sachkapital) gesättigten Wirtschaft. Dies war Schumpeters Behauptung, und er hat Recht, wenn und solange wir ein neutrales Geld, und d.h. letztlich: nicht-hortbares Geld, nämlich Freigeld, unterstellen.

Die Rolle des Geldes

Die Einbeziehung monetärer Aspekte fußt auf der Quantitätstheorie des Geldes. Es lässt sich zeigen, dass die Realisierung eines Periodengleichgewichts mit der Übereinstimmung von Realzinssatz und Wachstumsrate die Identität von Nominalzinssatz (Geldzinssatz) und Wachstumsrate der effektiven, also der Transaktionsgeldmenge impliziert (dies ist das Produkt aus Geldbestand und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes). Soll das Periodengleichgewicht gleichzeitig ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht sein, muss indes die aktive oder effektive Geldmenge gerade mit der maximalen, d.h., der Vollbeschäftigungsrate der realen Produktion expandieren. Da bei gegebener Gesamtgeldmenge verschiedene Umlaufgeschwindigkeiten dieser Geldmenge nichts anderes bedeuten als unterschiedliche Relationen von aktiver zu passiver (gehorteter) Kasse, die gehortete Geldmenge aber vom Zinssatz abhängig ist, kommt es für die Realisierung eines Vollbeschäftigungsgleichgewichts nun darauf an, ob die Wachstumsrate der aktiven Geldmenge dafür hoch genug ist. Wenn nicht, werden wir eine Unterbeschäftigungssituation vorfinden. Die Wachstumsrate der aktiven Geldmenge bestimmt also, auf welchem absoluten Beschäftigungsniveau Zinssatz und Wachstumsrate übereinstimmen werden.

Solange der stationäre Zustand nicht erreicht werden kann, weil Kapital knapp bleibt, kann der Wettbewerb, die "unsichtbare Hand", indes nicht mehr tun als Einkommen, d.h. Konsum als Kapitalrente, in zusätzliches Kapital selbst zu verwandeln. Wenn, wegen hoher Zeitpräferenz, die durchschnittliche Sparquote ein solches Investitionsvolumen nicht zulässt, wird nicht, wie bei Keynes, das Einkommen die Anpassungslast tragen, sondern – wie bei dem Postkeynesianer Kaldor, dem nur wieder das Investitionskalkül fehlt – die Verteilung des Sozialprodukts (Keynes zieht dies an einer Stelle der "Allgemeinen Theorie" selbst in Erwägung).¹⁰ Die Investition "führt" also, nicht die Ersparnis, und sie führt zu einer Verteilung des Einkommens, die die Grenzleistungsfähigkeit der Investition an den Zinssatz und damit diesen an die Wachstums-

rate anpassen wird. Die Kapitaleinkommensquote wird sich dann an eine wegen hoher Zeitpräferenz niedrige Sparquote anpassen müssen. Auf jedem Einkommensniveau wird ein ganz bestimmtes konsummaximales Verhältnis von Konsum- und Kapitalgüteroutput realisiert sein, und es ist die effektive Geldmenge die bestimmt, auf welchem Niveau dieses Verhältnis realisiert werden kann. Bei vom Zinssatz abhängiger gegebener Neigung zum Horten (Liquiditätspräferenz) bestimmt die Geldmenge die Beschäftigung, also die Skala der Ökonomie und bei gegebenem Kapitalbestand damit auch Zinssatz und Wachstumsrate. Im Einklang mit der Realität wird ein höheres Outputniveau also mit höherem Zinssatz und höherer Wachstumsrate verknüpft sein.

Der Zinssatz wird daher nur insofern durch die Geldmenge bestimmt, wie diese den Output, also auch die Bruttoinvestition I und damit bei gegebenem Kapitalbestand K das Verhältnis von I und K , also die Wachstumsrate (genau: den Wachstumsfaktor $1 + \text{Wachstumsrate}$) und damit den Realzinssatz bestimmt. Aus der Liquiditätspräferenz kann bei gegebener Geldmenge der Zinssatz nicht abgeleitet werden, da der Zinssatz nicht den absoluten Betrag gehorteten Geldes, sondern den relativen Anteil gehorteten Geldes, die marginale Hortquote bestimmt.

Zins, Geld und Wachstum

Wenn also die Zeitpräferenz wohl die Sparquote und damit das Akkumulationstempo der Wirtschaft, aber keinesfalls den Zinssatz bestimmt, wenn also nachgewiesen werden kann, dass nicht das Sparverhalten per se einen positiven Zinssatz und daher die Knappheit des Realkapitals aufrechterhält, erst dann können wir uns der Analyse des Geldes zuwenden und vielleicht in ihm die Wachstumsbremse finden, die wir suchen, denn Zins bremst. Und er erzwingt zugleich Wachstum. Zwischen diesen beiden Aussagen besteht kein Widerspruch: Ein positiver Zinssatz in einer stationären Wirtschaft bzw. allgemein: ein Zinssatz, der höher ist als die Wachstumsrate, hält den Output der Investitionsgüterindustrie auf suboptimalem Niveau, wir befinden uns unterhalb des Zustandes der

Vollinvestition, und es existiert daher arbeitsloses Kapitaleinkommen, das letztlich zu den Kapital-, also Geldanbietern durchgereicht werden wird. Ein Unternehmen, das Zins zu zahlen hat, hat andererseits nur zwei Möglichkeiten, diesen Zins aufzubringen: Preiserhöhungen der produzierten Produkte oder Mehrproduktion bei konstanten Preisen. Unterbeschäftigung, d.h. die Aufrechterhaltung der Knappheit des Sachkapitals ist die notwendige Folge.

Warum sinkt der Zinssatz, der Zinssatz des Realkapitals sowohl wie der Geldzinssatz nach mehreren Jahrtausenden der Kapitalakkumulation dennoch nicht auf null? Bevölkerungswachstum, längere Lebensdauer des Kapitals, technischer Fortschritt und Produktinnovationen halten sicher säkular das Kapital knapp. Dennoch sehen wir kürzerfristig in der Liquiditätsprämie des Geldes, unter deren Höhe der Geldzinssatz nicht sinken kann, einen Hauptgrund für das konjunkturelle Auf und Ab. Ist diese Untergrenze der Zinsentwicklung erreicht, kehrt sich die von der klassisch-neoklassisch-postkeynesianischen Theorie behauptete Kausalität um: Nicht der Ertrag des Realkapitals bestimmt den Geldzins, sondern der minimale Geldzins bestimmt ersteren. Sehen wir von technischem Fortschritt etc. ab, werden wie bei Gesell und Keynes Kapitalakkumulations- und Dekumulationsprozesse die Realertragsrate des Kapitals um den "Urzins" (den Minimumzinssatz des Geldes) herum pendeln lassen. Wodurch wird dieser Urzins bestimmt? Wir sehen ihn prinzipiell bestimmt durch die Überlegenheit des Geldes (der geringen Durchhaltekosten wegen) gegenüber der Ware.¹¹ Eine reizvolle und theoretisch sehr befriedigende Lösung wäre der Nachweis, dass die Liquiditätsprämie des Geldes nur das Spiegelbild der Rate der Durchhaltekosten der Waren ist, ein Ansatz der bei Gesell und Keynes bekanntlich angelegt, jedoch nicht so leicht zu beweisen ist.

Da bei konstanter Bevölkerung der Realzinssatz des Realkapitals (die Wachstumsrate) durch Akkumulation ohne technischen Fortschritt sinken muss, kann ein immerwährend positiver Geldzinssatz also von den Unternehmen nur erwirtschaftet werden, wenn die Preise mit der Rate des Geldzinssatzes, vermindert um die

Wachstumsrate, steigen. Selbstverständlich setzt dies erst einmal eine entsprechende Wachstumsrate der Geldmenge voraus, der Geldzins ist in Geld zu zahlen – bleibt die Wachstumsrate der Geldmenge hinter dem Geldzinssatz zurück, existiert notwendig eine Geldrente, so wie nicht wachsender Boden eine Bodenrente abwirft –, eine eigentlich triviale Erkenntnis, die freilich in unseren Lehrbüchern der Ökonomie nicht einmal angedeutet wird. In ihnen ist der "Zins" eben letztlich und immer ein "reales" Phänomen. Um von Gesell zu schweigen; es gelang auch Keynes nicht, die Zunft der Ökonomen von dieser einfachen, trivialen, aber doch, wie es scheint, tabuisierten Wahrheit zu überzeugen.

Anmerkungen

- 1 Huth, Th., Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht. Ein Versuch über Keynes, Berlin 2001.
- 2 Keynes, J. M., Vom Gelde, Berlin 1955, S. 416 f.
- 3 "Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals", Keynes, J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 5. A., Berlin 1974, S. 317.
- 4 Vgl. Allais, M., Économie et Intérêt, 2. Ed., Paris 1998, S.179 ff.
- 5 Vgl. Weizsäcker, C.C. v., Wachstum, Zins und optimale Investitionsquote, Basel 1962.
- 6 Keynes, J.M., Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. VIII.
- 7 van Suntum, U., Die unsichtbare Hand, Berlin 1999, S.78; in den Kapiteln 1 und 2 dieses populärwissenschaftlichen Werkes kann sich auch der ökonomisch interessierte Nicht-Experte von den Verrenkungen und Widersprüchlichkeiten der herrschenden Theorie hinsichtlich des "Mysteriums von Kapital und Zinsen" überzeugen.
- 8 Ramsey, F.P., A Mathematical Theory of Saving, Economic Journal, Dec. 1920.
- 9 Vgl. Marshall, A., Principles of Economics, ed. by C.W. Guillemard, London 1961, Vol. II, S. 415 ff.
- 10 Keynes argumentiert, dass ein Steigen des Zinssatzes dazu führt, dass die Einkommen fallen oder "... anders verteilt werden müssen gerade um jenen Betrag, der beim bestehenden Hang zum Verbrauch erforderlich ist, um die Ersparnisse um denselben Betrag zu vermindern, um den ... die Investition vermindert wird", Keynes, J.M., Allgemeine Theorie..., a.a.O., S. 95 (m. H.).
- 11 Allais, a.a.O., S. 417 ff. zeigt, dass ein permanent positiver Geldzinssatz an zwei Bedingungen geknüpft ist: unerhebliche Durchhaltekosten des Geldes und Privateigentum an Grund und Boden, Thesen, die auch unmittelbar nach der Verleihung des Nobelpreises an Allais im Jahre 1988 nach unser besten Kenntnis in der Sekundärliteratur zu Allais niemals – mindestens hierzuande nicht – bekannt gemacht oder gar diskutiert worden sind.

"Post-autistische Ökonomie"

Ein Autist zeichnet sich dadurch aus, dass seine Beziehungen zur Welt gestört sind und er mit anderen Menschen nicht kommunizieren kann. Nach Ansicht einer Gruppe von französischen Ökonomiestudenten zeigt auch die moderne Wirtschaftstheorie diese Symptome. Die Ökonomie leidet ihnen zufolge am Wuchern mathematischer Modelle, die Lehrpläne seien dominiert von einer einzigen, nämlich der neoklassischen Methode und das Studium verhindere kritisches Denken.

Eine Internet-Petition, in der diese Studenten ihre Professoren aufforderten, "aus den Paradigmen imaginärer Welten auszubrechen", zog inzwischen weite Kreise. Im September 2000 erschien die erste Internetausgabe des "post-autistic economics newsletter", die sich weltweit unter Studenten, Assistenten und Professoren verbreitete. Im Juni 2001 veröffentlichten Studenten der Universität Cambridge einen Aufruf zur "Öffnung der Ökonomik", den bereits 600 Ökonomen unterschrieben haben, darunter Mark Blaug, Bruno Frey und Kurt Rothschild. Zwischen dem Neoklassiker Robert Solow und dem Keynesianer John Kenneth Galbraith ist es inzwischen zu einer heftigen Kontroverse über die Methodenkritik der französischen Studenten gekommen. "Post-autistische" Ökonomen wie Geoffrey Hodgson fordern eine Hinwendung zu den historischen und kulturellen Bedingungen wirtschaftlichen Handelns; andere suchen sozialwissenschaftliche Zugänge zum Wirtschaften über die Institutionen-ökonomik, über die Evolutionäre Ökonomie und über die Ideengeschichte der Ökonomie. Für den Juni 2003 ist eine Weltkonferenz der Internationalen Konföderation der Gesellschaften für Pluralismus in der Ökonomie (ICAPE) über die "Zukunft der heterodoxen Ökonomie" geplant; sie soll an der Universität von Missouri in Kansas City stattfinden.

Quelle: Nils Goldschmidt, Gestörte Wirtschaftsbeziehungen in: Süddeutsche Zeitung vom 3. 4. 2002, S. 25.
Weitere Informationen auf der Homepage: www.paecon.net

Weitere Informationen zu dem im Vorwort erwähnten Kongress "Geldpolitik in einer Welt mit endogener Geldversorgung und globalen Kapitalbewegungen": www.wiwiss.fu-berlin.de/w3/w3riese/Foundations/english/index.htm

Helmut Creutz:

Vollgeld und Grundeinkommen

Anmerkungen zum Buch "Vollgeld" von Joseph Huber

Es ist schon erstaunlich: Da ist seit 1998 ein umfangreiches und inhaltsschweres Buch über das Geld auf dem Markt, das im Umfeld der Geldreformbewegung (vielleicht auch wegen seiner hohen Kosten?) bislang kaum Beachtung gefunden hat. Dabei gibt dieses von Joseph Huber geschriebene Buch "Vollgeld"¹ mit dem Untertitel "Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung" gleich einen doppelten Anlass, sich mit ihm zu befassen. Einmal weil sich das Buch auf detaillierte und erfreulich realitätsnahe Weise mit unserem heutigen Geldwesen beschäftigt – zum zweiten, weil sich Huber in einem separaten 20seitigen Anhang mit den Geldreformvorstellungen von Silvio Gesell auseinandersetzt.

Dieser Anhang mit dem Titel "Kritik des Schwundgeldes nach Silvio Gesell" (der leider nicht dem sonstigen Niveau des Buches entspricht), bedarf sicherlich einer gründlichen Aufarbeitung und Stellungnahme, die hoffentlich noch geleistet wird. An dieser Stelle soll lediglich auf die wichtigsten Reformvorschläge Hubers eingegangen werden, die in seinem Buch unter den Begriffen "Vollgeld" und "Bezugsrechtfinanzierte Grundeinkommen" behandelt werden.

Trotz meiner z.T. kritischen Anmerkungen zu diesen Schwerpunkten und trotz Hubers fragwürdiger Behandlung des Themas Gesell und Freiwirtschaft enthält das Buch die aus meiner Sicht gründlichste Analyse unseres heutigen Geldsystems, die in den letzten Jahrzehnten von einem Wissenschaftler geleistet worden ist. Das vor allem im Hinblick auf seine weitgehend sachgerechten Darlegungen der Geldmengendefinitionen sowie der Beziehungen zwischen Notenbanken und den Geschäftsbanken. Darüber hinaus enthält es höchst interessante und detaillierte Abhandlungen und Reformanregungen zu fast allen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen. Auch wenn der Preis des Buches mit fast fünfzig Euro sicher für viele eine zu hohe

Schwelle bleiben wird, ist diese Ausgabe sinnvoll und allen an Geldfragen eingehender Interessierten zu empfehlen.

"Vollgeld"

Unter diesem Begriff versteht Huber im wesentlichen die Umwandlung der heutigen bei den Banken geführten Giral- bzw. Buchgeldbestände in offizielles Geld, also eine Ausweitung der staatlich herausgegebenen gesetzlichen Zahlungsmittel, die ja auch von mir seit längerem als sinnvoll angesehen wird². Vergleichen kann man diese Übernahme des Giralgeldes durch die Notenbanken mit jener der Banknoten im 19. Jahrhundert.

Bekanntlich hatten Banken und Geldverleiher bereits seit dem Mittelalter für die Hinterlegung von Münzgeld an ihre Kunden Quittungen herausgegeben, die zunehmend selbst Zahlungsmittelfunktionen übernahmen. Schließlich haben die Kreditinstitute für diesen Zweck sogar spezielle "Banknoten" gedruckt, die aus praktischen Gründen die Münzbenutzungen immer mehr zurückgehen ließen, vor allem für Zahlungsabwicklungen bei größeren Beträgen. Da mit der Zunahme dieser Ersatzzahlungsmittel die Notenbanken Ende des 19. Jahrhunderts ihre Kontrolle über die Geldmittel gefährdet sahen, haben sie die Ausgabe dieser Banknoten nach und nach selbst übernommen und schließlich den Geschäftsbanken untersagt.

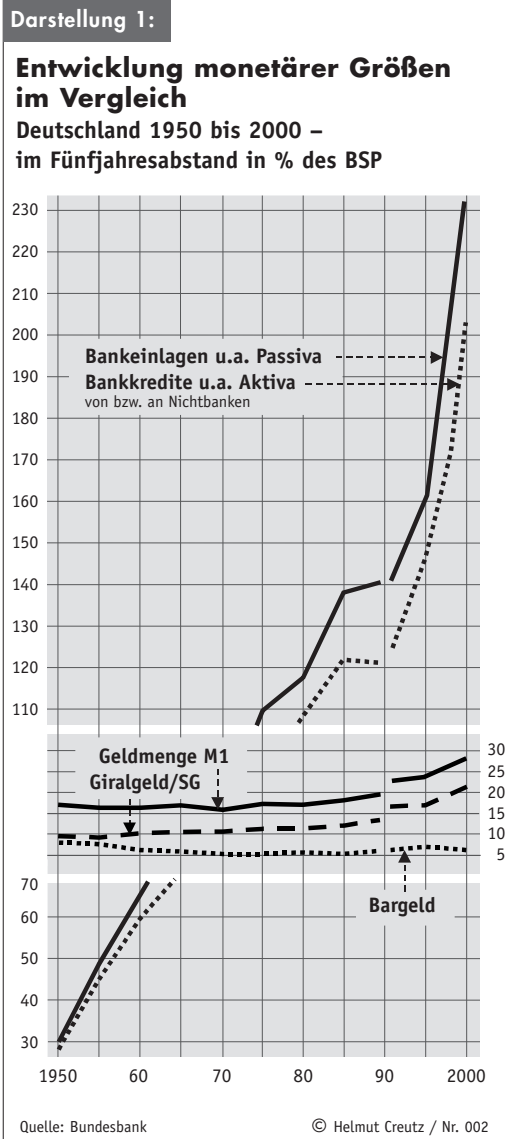
Ähnlich wie einst bei der Herausgabe der Banknoten haben die Banken in der Vergangenheit auch eine andere zahlungstechnische Innovation weiter ausgebaut, nämlich die Einrichtung spezieller Konten, mit deren Hilfe die Bankkunden ihre Zahlungsvorgänge unbar abwickeln können. Statt also Bargeld für Zahlungen abzuheben und zum Empfänger zu expedieren, der es dann häufig wieder einzahlen musste, konnte man mit einem entsprechend

aufgefüllten Girokonto diesen Zahlungsausgleich durch direkte Übertragung von Konto zu Konto durch die Bank erledigen lassen. Verständlich, dass dieser praktische Zahlungsweg zunehmend genutzt wurde und inzwischen umsatz- und umschlagsmäßig die Barzahlungen fast überall weit überflügelt hat. Mit dieser Nutzungsausweitung ist diesen Bankkonten inzwischen – ähnlich wie vorher bei den Banknoten – immer mehr die Zahlungsmittelleigenschaft zugekommen. Deshalb sollen – nach Huber – auch diese Bestände auf den Girokonten in die Verantwortung der Notenbanken übernommen und damit zu vollwertigem Geld – eben "Vollgeld" – werden!

Mit der Verwirklichung dieses Vorschlags würde nicht nur die Kontrolle der gesamten Zahlungsmittel in die Hände der Notenbanken gelegt, sondern endlich auch eine klare Trennung zwischen Geld und Guthaben geschaffen, die heute bei den Sichtguthaben nicht gegeben ist. Mit einer solchen Übernahme durch die Notenbanken würden außerdem die ganzen strittigen Geldmengendefinitionen mit all ihren fragwürdigen Varianten überflüssig. Ebenfalls käme es zu einer klaren Abgrenzung zwischen den Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Geschäfts- und der Notenbanken, womit auch die heutigen Spekulationen und Streitereien über die "Geldschöpfung der Banken" endgültig überwunden werden könnten. Geld ist dann unstrittig nur noch das, was die Notenbank als Münz-, Papier- und Buchgeld in ihrer Obhut hat und den Bürgern zur Verfügung stellt.

Diese eigentlich längst überfällige und auch in meinem Buch geforderte klare Trennung zwischen Geld und Guthaben bzw. Geld und Kredit³ wäre also mit vielen Vorteilen verbunden – nicht zuletzt mit einer Stärkung der Position der Notenbanken, die heute aufgrund der Ausweitung der Sichtguthabenbestände und des Rückgangs der Bargeldnutzung die direkte Kontrolle über die Zahlungsmittelmenge immer mehr verlieren. Denn während sich die Bar- und Giralgeldbestände in den ersten drei bis vier Nachkriegsjahrzehnten noch relativ im Gleichschritt mit der nominellen Wirtschaftsleistung entwickelt und lediglich gegeneinander verschoben

haben, hat ihre Zunahme inzwischen diese Grenzen gesprengt (siehe Darstellung 1). Diese Überentwicklungen, die nicht zuletzt auch mit den gewachsenen Spekulationsmassen und -kassen zusammenhängen dürften, machen es den Notenbanken immer schwerer, mit Hilfe des relativ kleiner werdenden Hebels in ihren Händen das Geschehen im Geldbereich noch korrekt zu steuern.



Die Auswirkungen von "Vollgeld"

a) für die Bankkunden

Für die Bankkunden bleibt im Grunde alles beim alten. Die Bestände auf den Buchgeldkonten sind – wie bisher auf den Girokonten – ihr frei verfügbares Eigentum. Weiterhin von den Banken geführt, können die Besitzer über diese Konten wie bisher ihre Überweisungen, Daueraufträge usw. abwickeln. Das gleiche gilt für die Bargeldein- und -auszahlungen, den Austausch von Bar- gegen Buchgeld sowie die Übertragung überschüssiger Geldhaltungen auf normale verzinsten Bankkonten usw. Auch würde es bei den Banken weiterhin die verschiedensten Guthaben- und Kreditformen mit unterschiedlichen Bindungsfristen bzw. Laufzeiten geben. Während jedoch diese Sichtguthaben für die Besitzer bislang eine Forderung gegenüber der Bank darstellten, wären die daraus entstandenen Buchgeldguthaben in Zukunft ein Teil ihrer Geldbestände, die von den Banken für ihre Kunden verwaltet werden.

Da allerdings diese Buchgeldbestände von den Banken nicht mehr für zwischenzeitliche Ausleihungen benutzt werden könnten, würden alle heute noch für Girokonten gezahlten Guthabenzinsen entfallen. Außerdem müssen die Banken, die bislang den relativ teuren Überweisungsverkehr zum Teil aus den Zinserträgen der kurzfristigen Bestandsverleihungen finanzieren konnten, jetzt ihre Kunden mit den vollen Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs belasten. Da als Folge dieser Gegebenheiten jedoch die Geldkontenbestände auf das notwendige Minimum abgebaut und außerdem die Zahlungsabwicklungen aufgrund der elektronischen Innovationen immer billiger werden, dürfte diese Kostenumlage die Attraktivität der Benutzung dieser Zahlungsmittel kaum beeinträchtigen.

b) für die Geschäftsbanken

Auch für die Geschäftsbanken würde sich im Grunde nicht viel verändern. Sie würden die Buchgeldbestände in der Praxis genau so weiterführen wie bisher die Girokontenbestände. Der Fortfall der bisherigen zwischenzeitlichen Ausleihmöglichkeit dieser Buchgeldbestände und

die damit verbundenen Zinseinnahmeverluste sind für das Kreditgeschäft jedoch nicht ohne Folgen. Allerdings ist anzunehmen, dass die Banken ihren Kunden sehr rasch täglich kündbare und verzinsten Geldmarktkonten für ihre überschüssigen liquiden Geldbestände anbieten werden. Damit können die Bankkunden nicht nur den Kosten der Geldhaltung kurzfristig entgehen, sondern die Banken können auch die sonst entstehenden Kreditlücken weitgehend schließen. Da alle Überweisungen jedoch nicht mehr von Zentralbankgeld begleitet zu werden brauchen, ergeben sich für die Banken andererseits aber auch Vereinfachungen. Das gilt auch für den Wegfall der Mindestreserve-Vorschriften. Infolgedessen können die Banken – wie bei dem Bargeld in den Kassen – auch über die Höhe ihrer Zentralbankgeldguthaben selbst bestimmen.

Was für die Banken ein größeres Problem sein könnte: die Kosten für die insgesamt zu verwaltenden Geldbestände, die ja um die heutigen Girokonten erweitert werden, wären höher. Würden diese erweiterten Geldbestände, wie bisher beim Bargeld üblich, den Geschäftsbanken von den Notenbanken über zinsbelastete Kredite zur Verfügung gestellt, würden die Belastungen für die Banken und damit die Wirtschaft deutlich ansteigen. Zur Schaffung eines weichen Übergangs sollen darum nach dem Vorschlag von Huber die Buchgeldbestände den Banken anfangs zinsfrei überlassen und nach und nach in normale Notenbankkredite umgewandelt werden – sicher eine etwas fragwürdige Lösung dieses Problems.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die grundsätzliche Frage, ob und weshalb eigentlich diese Kreditkosten – sowohl für die Bargeldversorgung als dann auch für die Buchgeldversorgung – bei den Banken hängen bleiben sollen, die sie ihrerseits letztlich nur auf die Kreditnehmer überwälzen können, die meist gar kein Bargeld in Anspruch nehmen. Eine nach dem Verursacherprinzip sachgerecht kalkulierte Umlage der Kosten auf die Geldnutzer ist also in unserem Geldsystem längst überfällig. Entweder muss den Banken das eigentlich selbstverständliche Recht zur Kostenumlage auf diese Bar- und Buchgeldnutzer eingeräumt oder ein

anderer Weg der Geldausgabe gewählt werden, der die Banken nicht mit Kosten belastet.

Mit einer Umlage der Bankkosten auf die Geldnutzer ergäbe sich außerdem – sofern sie auf die Bestände und nicht auf die Vorgänge bezogen werden – die Möglichkeit zu einer Verstetigung der Geldhaltung bzw. des Geldumlaufs, was für die Notenbanken von großem Vorteil bei der Steuerung der Geldmenge wäre und im Prinzip der Forderung nach einer zinsunabhängigen Geldumlaufsicherung entsprechen würde.

c) für die Notenbanken

Neben dem bereits angeführten größeren Einfluss auf die Geldmenge und deren Steuerung und Kontrolle würde sich das Geldvolumen in den Händen der Notenbanken erheblich vergrößern. Geht man von den heutigen Gegebenheiten aus, würde die ausgegebene bzw. zu verwaltende Gesamtgeldmenge, bezogen auf den Währungsraum der Deutschen Bundesbank und das Jahr 2000 zum Beispiel von rund 330 Mrd DM (Bargeld einschl. Kassen- und Zentralbankgeldbestand der Banken) durch den hinzukommenden Buchgeldbestand auf ca. 1.150 Mrd DM ansteigen. Da es sich dabei jedoch lediglich um Buchungsvorgänge handelt, ist diese Ausweitung der Geldmenge – im Gegensatz zu jenen im Bargeldbereich – nur mit einem geringem Arbeits- und Kostenaufwand verbunden. Außerdem würde sich mit dem Wegfall der Mindestreserven für die Notenbanken der Kontrollaufwand verringern.

Soweit die erweiterten Geldmengen über Kredite an die Geschäftsbanken ausgegeben werden, würden natürlich die Zinseinnahmen der Notenbanken erheblich zunehmen. Da diese Einnahmen jedoch – soweit sie die Kosten der Notenbanken übersteigen – an den Staat und damit an die Bürger zurückfließen, würde es sich dabei letztlich um eine Art Steuer mit sozial eher positiven Umverteilungswirkungen handeln.

Diese Frage nach den Verteilungswirkungen stellt sich natürlich auch bei allen laufenden Ausweitungen der Geldmenge, die ja mit der Wirtschaftsleistung zunehmen muss. Mit diesem Komplex der Notenbankeinnahmen bzw. Geldmengenausweitungen verknüpft Huber nun das Modell einer allgemeinen Grundsicherung bzw.

von Grundbezugsrechten, die direkt und ohne Umweg über den Staat den Bürgern zugute kommen sollen.

Grundsicherung – Grundbezugsrechte

Das Thema einer Grundsicherung der Bürger aus Steuermitteln wird bereits seit den 1960er Jahren immer wieder diskutiert, vor allem auch in den USA, wie Huber in seinem Buch belegt. Unter den Begriffen Bürgergeld, Grundeinkommen oder Negativsteuer ist diese öffentliche Zuwendung in den letzten Jahren auch bei uns immer häufiger ins Gespräch gekommen. Verstanden wird darunter bekanntlich ein bestimmtes Einkommen, das entweder an alle Bürger oder – wie von Huber entwickelt – statt anderer sozialer Hilfen an bestimmte Bürgergruppen gezahlt werden soll.

Statt der heute üblichen Finanzierung solcher sozialen Ausgleichszahlungen über Steuern und Abgaben verknüpft Huber diese nun mit den Geldmengenausweitungen der Notenbanken. Dabei kommt ihm die Übernahme der heutigen Sichtguthaben durch die Notenbanken sehr entgegen, da sich damit das zur Verfügung stehende Verteilungspotenzial erheblich vergrößert. Denn während beispielsweise die Bargeldausweitungen der Bundesbank im Schnitt der letzten zehn Jahre bei 9 Mrd DM lagen, nahmen die Sichtguthaben p.a. um 43 Mrd DM zu. Das heißt, im vergangenen Jahrzehnt hätte im rechnerischen Mittel jährlich ein Gesamtbetrag von 52 Mrd DM als Verteilungsmasse zur Verfügung gestanden.

Vergleicht man diese Beträge mit den Sozialausgaben des Staates, dann schmelzen sie allerdings auf eine relativ geringe Größe zusammen. So lag beispielsweise das gesamte Sozialbudget 1999 bei 1.300 Mrd DM. Mit dem Zuwachs der Geldmenge um 52 Mrd DM hätten gerade die Ausgaben für die Sozialhilfe finanziert werden können.

Bedenken gegen eine Verknüpfung von Geldmengensteuerung und sozialer Grundsicherung

Hier ist als erstes die Frage zu stellen, ob eine Verknüpfung bzw. Vermischung der Aufgaben einer Notenbank mit sozialstaatlichen Aufgaben überhaupt sinnvoll bzw. vertretbar ist. Weiterhin dürfte es mehr als problematisch sein, weitgehend festliegende und gleichbleibende Ausgabenposten des Staates an eine äußerst schwankende Größe wie die jährlichen Geldmengen- ausweitungen zu binden. So nahm – um einige Beispiele anzuführen – die Bargeldmenge 1997 überhaupt nicht zu. 1998 nahm sie sogar um 5 Mrd DM ab. 1999 stieg sie dann wieder um 13 Mrd DM, um im Jahr 2000 erneut um 10 Mrd abzunehmen. Das heißt, in den letzten vier Jahren gab es per saldo insgesamt sogar eine leichte Abnahme der Bargeldmenge. Für eine Verteilung hätte also überhaupt kein Geld zur Verfügung gestanden.

Diese Tatsache ist Joseph Huber natürlich bekannt und für ihn sicherlich auch einer der Gründe gewesen, die stärker zunehmenden Giral- geldbestände mit in die offizielle Geldmenge aufzunehmen. Denn beide Bestände zusammen haben z.B. in den letzten vier Jahren von 917 auf 1.123 Mrd DM – also um 206 Mrd DM – zuge- nommen. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 55 Mrd DM. Allerdings schwankten die jährlichen Zunahmen ganz erheblich zwischen 21 und 85 Mrd DM.

Vergleicht man diese Beträge mit den oben angeführten Gesamtausgaben im Sozialbereich, wird deutlich, dass sie auch nach einer Zusammenfassung von Bar- und Giralgeld nicht zur Finanzierung der Sozialausgaben ausreichen. Außerdem ist noch zu beachten, dass der relativ hohe Anstieg von M1 in den letzten Jahren wesentlich mit dem Börsenboom und den damit verbundenen Ausweitungen der Spekulations- kassen zusammengehangen haben dürfte. Die Spekulationsgelder werden ja weitgehend im Bereich der heutigen Sichtguthaben gehalten. Langfristig gesehen würde sich die Geldmenge M1 – wie von 1950 bis 1988 der Fall – bei korrekter Geldmengensteuerung jedoch nur im

Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickeln, womit der Verteilungsspielraum durch das hinzukommende Notenbankgeld auch nur im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zu- nehmen würde. Danach hätte z.B. in den letzten vier Jahren der jährliche Zuwachs nur bei 25 Mrd DM gelegen, pro Kopf der Bevölkerung also bei 300 DM im Jahr. Beachtet man weiterhin, dass in den verschiedenen Plänen für ein Bürgergeld bzw. eine Steuerrückerstattung heute Größen- ordnungen von 1.000 DM pro Kopf und Monat im Gespräch sind (was mit einem Gesamtbetrag von rund 980 Mrd pro Jahr den heutigen Aufwen- dungen für den sozialen Sektor nahe käme), wäre die mögliche Finanzierungshilfe der Noten- bank mit monatlich 25 DM eher eine Bagatelle.

Geht man zudem noch davon aus, dass es in einer nachhaltigen bzw. einer optimalen ökolo- gisch orientierten Kreislaufwirtschaft eines Wach- tums der Wirtschaft und damit auch der Geld- menge gar nicht mehr bedarf, würde es gar keine Möglichkeiten mehr geben, seitens der Noten- bank irgendwelche öffentlichen Ausgabenfelder zu finanzieren. Außerdem ist zu befürchten, dass bei einer solchen Übernahme der Finanzierung staatlicher Ausgaben durch die Notenbank der politische Druck auf diese noch mehr als heute zunehmen würde, eine lockere Geldpolitik zu be- treiben. Ganz besonders in Flautezeiten, in denen die Sozialkosten des Staates steigen, während sowohl die Steuereinnahmen als auch die Geld- mengenausweitungen tendenziell zurückgehen.

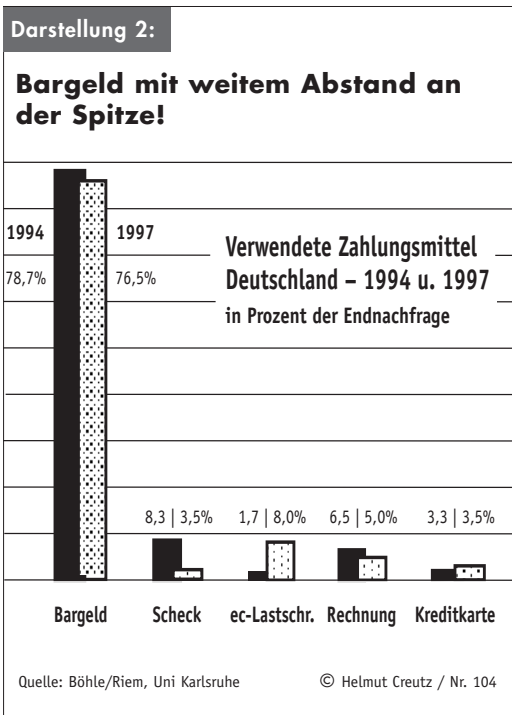
Weiterhin ist die Frage zu stellen, ob die Notenbanken unter den heutigen Gegebenheiten überhaupt auf die Ausgabe des Neugeldes über Kredite an die Geschäftsbanken verzichten kön- nen. Selbst Joseph Huber ist der Auffassung, dass dieser Weg auch zukünftig kaum auszu- schließen ist. Denn so lange die Notenbanken die Geldmenge nicht direkt über den Preisindex steuern können, das heißt, so lange sie den Geldumlauf nicht in den Griff bekommen, werden sie gezwungen sein, den Geldbedarf weiterhin über ständig revolvingende Ausleihungen des Notenbankgeldes zu kontrollieren, auch um da- mit über die Zinsentwicklung und deren Beein- flussung den Bedarf der Märkte abzutasten. Eine kreditfreie Ausgabe des Neugeldes vorbei an den

Banken – ob an den Staat oder direkt an die Bürger – würde aus diesen Gründen erst möglich werden, wenn der Geldumlauf auf andere Weise verstetigt und damit zu einer berechenbaren Größe wird. Diesen Weg schließt Huber jedoch mit seiner Kritik an den Lösungsvorschlägen Gesells leider von vorn herein aus.

Fazit

Auch wenn nach kürzlichen Untersuchungen die Endnachfrage in Deutschland 1997 noch zu 76 Prozent über Bargeldzahlungen abgewickelt wurde (siehe Darstellung 2), dürfte auf Grund

Wie die Zahlen in der Grafik wiedergeben, bewegen sich die vier größten Konkurrenten des Bargeldes im Einzelhandel auch heute noch alle unter zehn Prozent des Umsatzvolumens. Außerdem spielten sich die größten Verschiebungen zwischen 1994 und 1997 innerhalb dieser Alternativen ab. So ist z.B. die Scheckbenutzung von 1994 bis 1997 von 8,3 auf 3,5 Prozent gefallen, während die Benutzung des ec-Lastschriftverfahrens von 1,7 auf 8,0 Prozent förmlich explodierte. Aufgrund der praktischen Handhabung dieser ec-Karten, die mit Bargeldspeicherung auch als Geldkarten benutzbar sind, ist eine weitere rasche Zunahme ihrer Verwendung zu vermuten. Allerdings dürfte sie zu einem guten Teil zuerst einmal andere unbare Zahlungsmittel verdrängen, vor allem wahrscheinlich die für den Handel besonders teuren Kreditkarten. Auch wenn diese Kreditkarten in den USA, bezogen auf die Transaktionswerte, den Markt dominieren, ist das Bargeld – was sicher überraschend ist – auch dort noch mit 87 Prozent an den Transaktionsvorgängen beteiligt. Gemessen an diesen Transaktionsvorgängen dürfte die Bargeldnutzung im deutschen Einzelhandel also hoch im Bereich der 90er Prozentgrößen liegen.



der zunehmenden bargeldlosen Zahlungsalternativen die Frage einer Einbeziehung des Giralgeldes in die Verantwortung der Notenbanken immer dringlicher werden. So erfreulich darum Hubers Plädoyer für diese Einbeziehung ist, so fragwürdig scheint mir jedoch die Verknüpfung der Geldemission mit staatlichen Zahlungsverpflichtungen zu sein. Dies vor allem, wenn diese Geldemission, zur Verstetigung der Kaufkraft des Geldes, zukünftig noch enger als bisher an die Leistungsentwicklung angeglichen werden muss.

Anmerkungen

- 1 Joseph Huber, Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung. Berlin: Duncker & Humblot, 1998.
- 2 Helmut Creutz, Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. München: Econ, 5. Taschenbuchaufl. 2001.
- 3 Helmut Creutz, Geldschöpfung durch Geschäftsbanken – Theorie oder Wirklichkeit?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 108. Folge (1996), S. 22-41.

Das Bargeld ist in Deutschland immer noch das weitaus beliebteste Zahlungsmittel. Bedenkt man, dass Mitte der 80er Jahre das Endnachfragevolumen noch zu 83 Prozent mit Bargeld abgewickelt wurde, ist auch der längerfristige Rückgang auf rund 78,7 bzw. 76,5 Prozent in den 90er Jahren nicht allzu groß.

Jörg Gude:

Anmerkungen zu Josef Hubers Urteil über Gesell und die Freiwirtschaft

Im Anhang seines Buches "Vollgeld. Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung" widmet sich Joseph Huber einer "Kritik des Schwundgeldes nach Silvio Gesell". (Berlin 1998, S. 381-400) Machte Karl Marx in seinem "Kommunistischen Manifest" noch ein in Europa umgehendes Gespenst aus, so konstatiert Huber: "Seit bald einhundert Jahren rumort eine spezielle Zinsüberwindungs-Lehre im Hintergrund der sozialen Bewegungen durch deren Phasen hindurch Es handelt sich um die Freigeldlehre, oder anders genannt, das Konzept des Schwundgeldes nach Silvio Gesell" (S. 381) Beiläufig erwähnt Huber auch den bodenreformerischen Ansatz im Werk Gesells, den er aber für eine "überwiegend vergebliche Tradition" hält. (S.381) "Angesichts dieses zweifelhaften Kontextes" (womit der Bodenreformgedanke gemeint sein dürfte), schreibt Huber, "erscheint es erforderlich, im Interesse der Akzeptanz eines bezugsrechtfinanzierten Grundeinkommens durch Vollgeld sich klar von Gesells Lehren zu distanzieren" (S. 381f).

Es gibt weitere Punkte bei Gesell, an denen Huber im Laufe seiner Ausführungen Anstoß nimmt. So wertet er das Gesell von Keynes verliehene Prädikat eines "antimarxistischen Sozialisten" als eine undeutliche Beschreibung für "manche der anarchosyndikalistischen Auffassungen von Gesell". (S. 382) Gesell als "Politguru" (S. 383) oder als Lebensreformer – dies scheint Huber zu missfallen. Und so beendet er die Ausführungen im Anhang seines Buches "Vollgeld" mit der folgenden Spekulation: "Eine allgemeine internationale Realisierung des Schwundgeldkonzeptes hätte vermutlich zu ähnlichen Verhältnissen geführt, wie man sie in der jüngeren Vergangenheit aus östlichen sozialistischen und westlich gemischtwirtschaftlich-korporatistischen Nationalökonomien gekannt hat. Aber gerade

das will man künftig nicht wieder haben" (S. 400).

Wie viele andere Kritiker Gesells kommt auch Huber mit dessen Einordnung in herkömmliche Links-/Rechts- oder Markt-/Staat-Schemata nicht zurecht, weshalb er seine eigenen Vorschläge vorsichtshalber ebenso heftig wie undifferenziert von früheren Kritiken am Zinsnehmen abgrenzt: "Die Zinsfreiheit der Grundbezugsrechte könnte eventuell missverstanden werden als neuerlicher, dunkelbunter Vorstoß zur Brechung der Zinsknechtschaft". (S. 381) Unsachlich und geradezu unfair ist auch der Vorwurf, Gesell habe sich "wohl nicht zufällig in seine letzte Lebensstation, die Kolonie Eden, verirrt. Deren völkische Freiheitsliebe führte ohne viel Umstände dahin, sich mit dem vegetarischen Führer frank und frei gleichzuschalten" (S. 384). Erinnert sei daran, dass auch der jüdische Arzt, Soziologe, Volkswirt und Bodenreformer Franz Oppenheimer in der Genossenschaftssiedlung Eden-Oranienburg mitwirkte.

Trotz allem vermag Huber auch einige Leistungen Gesells anzuerkennen. Seiner Distanzierung von ihm steht seine Aussage gegenüber: "Dies bedeutet nicht, Gesell nachträglich für indiskutabel zu erklären". (S. 382) Etliche Vorstellungen Gesells hätten sich verwirklicht, Huber zufolge zumindest in ähnlicher Form. Wenn Huber in diesem Zusammenhang jedoch den Internationalen Währungsfonds als eine von Gesell gedanklich mit angebahnte Bretton-Woods-Organisation erwähnt (vgl. S.382), übersieht er wesentliche Unterschiede in der praktischen Ausgestaltung gegenüber Gesells "Internationaler Valuta Assoziation".¹ Im Hinblick auf Gesells Müttergeld meint Huber, dass "es heute so ähnlich in Form von Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Mütterrentenanwartschaften u.a. verwirklicht ist." (S. 382) Da besteht nur eine vordergründige Ähnlichkeit. Vor allem die Finanzierung

dieser Erziehungsleistungen von Müttern (bzw. Eltern) stellte sich Gesell ganz anders vor als die heutige Politik, indem er nämlich hierfür die vergesellschaftete Bodenrente heranziehen wollte. Nur indem man Gesell vom Impressario der Lösungsansätze zum gesellschaftspolitischen Stichwortgeber reduzierte, ließen sich IWF und soziale Leistungen an Mütter und Kinder als im Sinne Gesells abgehakt vermelden.

Hubers Botschaft lautet: die Ideen Gesells sind entweder verwirklicht oder nicht mehr aktuell: "Man kann Gesell heute mit Interesse nachlesen, wie man auch Sorel, Proudhon oder Blanqui nachlesen kann. Aber es bleibt dies eine Retrospektive, die sich mit den Zukünftigen von gestern befasst. Heute sind Gesells Fragestellungen nicht mehr aktuell und geben keine nützliche Perspektive für die weitere Zukunft." (S. 382) Dabei weiss Huber es zuweilen an anderen Stellen selbst besser. In konjunkturpolitischer Hinsicht zum Beispiel erkennt er Gesell durchaus als Vorläufer der Keynes'schen antizyklischen Konjunkturpolitik an. (S. 387)

Es gibt freilich auch einige Punkte, wo Hubers Kritik zum Nachdenken anregen kann. Einer dieser Punkte ist seine kritische Einschätzung der Freiwirtschaftstheorie als "Zinsüberwindungs-Lehre" (S. 381; vgl. auch S. 390 "traditionell undifferenzierte Zinslehre"; S. 391 "historisch obsoleter Zinslehre"; vgl. auch zutreffende Überlegungen auf S. 396, was bei einem Zinsverbot geschehen würde). Allzu oft wird in den Kreisen von Gesells Nachfolgern von zinsfreiem Wirtschaften gesprochen. Dabei soll doch in Wirklichkeit gar nicht der Zins abgeschafft werden (was unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft weder möglich noch erstrebenswert wäre). Stattdessen soll lediglich der Urzinsvorteil des Geldes gegenüber der menschlichen Arbeit und den Waren neutralisiert werden, damit sich das Zinsniveau schließlich um einen niedrigen Gleichgewichtssatz auspendeln kann, der um die Risikoprämie und die Bankvermittlungsgebühr von Null abweicht. "Gesell war ein Kämpfer gegen den Zins, aber ein ausdrückliches Zinsverbot hat er nicht vorgesehen", bemerkt Huber zutreffend. (S. 395)

Bezüglich des Freigeldexperimentes von Wörgl (1932/33) bezweifelt Huber allerdings, dass tat-

sächlich das Schwundgeld Ursache der eingetretenen Wirtschaftsbelebung gewesen sei. (S. 388-389). Möglicherweise habe ausgereicht, "dass überhaupt wieder Geld in Umlauf gebracht wurde." (S. 388f) Tatsache ist jedoch, dass Menschen auf Anreize reagieren. Und die Verpflichtung zum Ausgleich des Schwundes durch Aufkleben von kostenpflichtigen Marken auf die Geldzettel war ein Anreiz zur Verausgabung der Wörgler Arbeitsbestätigungsscheine. Die gleiche Frage wie Huber stellt aber auch Hugo Godschalk für die Notgeldaktionen der 1930er Jahre in den USA. Godschalk kann für die nach dem Vorbild des Freigeldes unternommenen Notgeldaktionen keine eindeutig überlegenen Erfolgsmuster feststellen, was jedoch dort auch auf andere Faktoren (zum Beispiel ein zu hoch angesetzter Schwundsatz) zurückzuführen sein könnte.²

Gegen Gesell und Wörgl führt Huber noch zwei weitere, bislang noch nicht erwähnte Punkte an: 1. die wirtschaftsräumliche Währungseinheit, 2. das Problem der Inflation als "der vielleicht größte blinde Fleck des Schwundgeldkonzeptes" (S. 390).

Zu 1. verweist Huber darauf, dass Gesell ein staatliches Währungs- und Geldmonopol vorgesehen habe, weil eine umlaufende Geldmenge auf andere Weise nicht unter Kontrolle gebracht werden kann. "Ein lokalistischer Flickenteppich von Hunderten und Tausenden Kirchturmwährungen würde unvorstellbare Transaktionsprobleme aufwerfen" (S. 390). Teile der Freiwirtschaftsbewegung sympathisieren jedoch auch mit Überlegungen zur Währungskonkurrenz, wie sie auch bei Friedrich August von Hayek vorzufinden sind, und sehen darin Chancen für die dezentrale Realisierung von Freiwirtschaftsexperimenten. Im Währungswettbewerb wird sich vielleicht einmal erweisen, welche zunächst lokale Nebenwährung sich im Verkehr durchzusetzen vermag.³

Der in 2. angesprochene Vorwurf, das Freigeld stelle ein inflationiertes Geld dar, ist der wohl am häufigsten erhobene Vorwurf, der aber dadurch nicht richtiger wird. Gesell und seinen Nachfolgern geht es um eine kaufkraftstabile, d.h. inflations- und deflationsfreie Währung. Die in Geld ausgedrückten Forderungen sollen im

Zeitablauf kaufkraftstabil bleiben. Anders als die Währungseinheiten bedürfen die ihre Aufgabe als Tauschmittel wahrnehmenden Geldzeichen selbst dieser Stabilität nicht. Sie sollten mit einem Schwund (Umlaufsantrieb) versehen werden. Diese feine Unterscheidung zwischen Währungseinheiten und Geldzeichen hat Huber noch nicht im Blick, wenn er schreibt: "Die Gesellianer wollen den inflationären Geldwertschwund nicht als real existierendes Schwundgeld anerkennen – wie Prediger, die nicht wahrhaben wollen, dass die Gemeinde von anderen Worten zu einem ziemlich ähnlichen Glauben längst bekehrt wurde." (S. 399) Nicht von einem Vergleich von Erscheinungen ist bei der Analyse auszugehen, sondern es müssen zunächst die Wesensunterschiede zwischen der Inflation einerseits und dem Schwund der Geldzeichen andererseits herausgearbeitet werden.⁴

Abschließend sei noch kurz auf einige Randbemerkungen von Huber eingegangen:

- An einer Stelle bringt er Gesell zumindest in die Nähe von "heute überholten Arbeitswertlehren". (S. 385) Die Ablehnung leistungsloser Einkommen stellt nicht unbedingt zugleich ein Plädoyer für die Arbeitswertlehre dar wie etwa bei den klassischen Ökonomen Smith und Ricardo oder bei Marx. Gesell ist der Wertlehre scharf entgegengetreten. Als einer seiner bedeutendsten Schüler hat Karl Walker jedoch empfohlen, diese Ablehnung der Arbeitswertlehre (nicht der daraus von Marx abgeleiteten Mehrwertlehre!) noch einmal zu überdenken.⁵

- Im Zusammenhang mit dem Gresham'schen Gesetz führt Huber aus, Gesell ersetze 'gutes Geld' durch 'schlechtes' Geld. (S. 391) Dabei hat bereits von Hayek darauf hingewiesen, "dass das Greshamsche Gesetz nur für unterschiedliche Geldarten gilt, für die durch das Gesetz eine feste Austauschrelation festgesetzt ist"⁶, also zum Beispiel für das Verhältnis von Gold- zu Silbermünzen.

- Die "dysfunktionale Zurückhaltung von Geld" sei "inzwischen überhaupt kein ernstliches Problem" mehr. (S. 393) "Der im Prinzip zutreffende Gedanke der Quasi-Geldschöpfung – richtiger gesagt, der häufigeren Umsatz- und Einkommenschaffung – durch Steigerung der Umlaufge-

windigkeit des Geldes geriet Gesell zur fixen Idee" (S. 390). Helmut Creutz, der Wirtschaftsanalytiker, der viel von Fakten und Zahlen spricht und wenig von Gesell, wird als "Gesell-Advokat" apostrophiert (S. 393) – eine von ihm ermittelte Kovarianz zwischen hohen/niedrigen Barbeständen und niedrigen/hohen Zinsen, welche sich zwanglos aus den Opportunitätskosten der Bargeldhaltung erklären lässt, wird "bei weitem nicht die große Bedeutung" beigemessen, "die Gesellianer hineinlesen, schon alleine, weil Bargeld heute eine zunehmend marginale Bedeutung besitzt." (S.393) Es müsste eigentlich schon zu denken geben, wenn ein renommierter Ökonom wie der Nobelpreisträger Paul Samuelson in seinem Lehrbuch die Schwankungen in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (M1 bzw. M2) für den Niedergang des Monetarismus verantwortlich macht.⁷ Im Vorfeld der Einführung des Euro errechnete die Deutsche Bundesbank, dass "Privatleute hierzulande rund 150 Milliarden DM Bargeld im Inland gehortet haben."⁸ Und drei Monate nach der Umstellung von der DM auf den Euro berichtete Edgar Meister von der Deutschen Bundesbank, "dass der Notenumlauf in Deutschland – wie auch in Euroland – noch nicht wieder den alten Stand erreicht hat. In Deutschland liegt er mit rund 89 Mrd. Euro um knapp ein Drittel unter dem Niveau von Ende 2000 (rund 130 Mrd. Euro). Meister erwartet aber eine Zunahme etwa durch die Anlage neuer Bargeldhorte."⁹ Für die Übermacht des Geldes gegenüber der menschlichen Arbeit und den Waren ist aber nicht allein die tatsächliche Hortung ausschlaggebend, sondern bereits seine potenzielle Hortbarkeit.

Es bleibt abschließend zu wünschen, dass sich Huber noch tiefer in die Freiwirtschaft hinein-denkt und dann interessante Seiten an ihr entdeckt, die er bei seiner bisherigen Betrachtung noch ausgeblendet oder verworfen hat. Auch möge die Darstellung der Gesell'schen Überlegungen im Anhang seines Buches "Vollgeld" dazu führen, dass die Leser des Buches Gesell nicht mit Huber als historisch überholt und abgehakt betrachten, sondern neu für sich entdecken. Wie schrieb jüngst Joachim Rau: "Keine der gängigen Theorien hat Geld- und Zinsproblemen wirksame Rezepte entgegenzusetzen;

die Renditehörigkeit wird kaum ernsthaft in Zweifel gestellt. Vielleicht ist die Natürliche Wirtschaftsordnung deshalb heute lesenswerter als zuvor" ¹⁰

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band 11. Lütjenburg 1991, S. 314-316. – Ders., Internationale Valuta-Assoziation - Voraussetzungen des Weltfreihandels, in: Gesammelte Werke Band 12. Lütjenburg 1992, S. 149-190. – Tatsächliche Ähnlichkeiten mit der IVA weist der "Bancor"-Plan von John Maynard Keynes auf; vgl. dazu Thomas Betz, Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge (1998), S. 35-43, hier: 40 ff.
- 2 Hugo Godschalk, Aufschwung durch lokales Nebengeld? Historische Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise in den USA, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 129. Folge (2001), S. 11-16
- 3 Friedrich August von Hayek, Entnationalisierung des Geldes – Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel. Tübingen 1977. – Bedeutender Befürworter von Komplementärwährungen ist Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkungen des bestehenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen. München 1999. – Vgl. auch Jörg Gude, Hayek, Keynes und die Freiwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 66. Folge (1985), S. 3 ff, hier: 5. – Ders., Gesells "Natürliche Wirtschaftsordnung" im Lichte der Kritik von Franz Oppenheimer, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 116. Folge (1998), S. 13 ff, hier: 16. – Ders., Bottom-up- und Top-down-Ansätze von Geldreformen und Komplementärwährungen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 130. Folge (2001), S. 36-42.
- 4 Näheres bei Helmut Creutz, Lässt sich der Geldumlauf durch eine dosierte Inflation sichern?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 104. Folge (1995), S. 15 ff.
- 5 Vgl. Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 1), S. 121 ff und S. 322: "Die Wertlehre ist ausgestorben." – Karl Walker, Überlegungen zur Werttheorie, in: ders., Ausgewählte Werke, Lütjenburg 1995, S. 292-304. Ders., Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Vorstellungen, in: a.a.O., S. 355-367. – Josef Hüwe, Vom Stellenwert der Arbeit in der Freiwirtschaftslehre, in: Humanwirtschaft – Zeitschrift für eine menschlichere Marktwirtschaft Ausgabe Februar – März 2002, S. 2-5.
- 6 Friedrich August von Hayek, Entnationalisierung des Geldes (wie Anm. 3), S. 25
- 7 Paul Samuelson und William Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, Wien/Frankfurt 1998, S. 703 f.
- 8 Die Schwarzgeld-Karawane in die Schweiz schwillt an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 12. 2001. Seit der Einführung des Euros habe der Bargeldbedarf um ein Drittel abgenommen, weil – laut Edgar Meister von der Deutschen Bundesbank – Ausländer ihre gehorteten DM-Banknoten in andere Währungen getauscht oder auf Konteneingezahlt haben dürften. Vgl. den Artikel: Bargeldbedarf geht durch Euro zurück, in: FAZ vom 12. 3. 2002.
- 9 Noch über 18 Mrd. DM in Umlauf, in: Börsen-Zeitung vom 12.3. 2002.
- 10 Joachim Rau, Märkte – Mächte – Monopole. Was die Wirtschaft im Innersten zusammenhält. Zürich 2001, S. 80 f.

"Im Gespräch mit Kipps und Sid sagte Masterman: 'Geld sollte der Gegenwert einer Leistung sein. ... Tatsache aber ist, dass die Zeiten aus den Fugen geraten sind und Geld ein Betrug und eine Enttäuschung ist.' Sid stimmte ihm zu: 'Letzten Endes ist Geld tatsächlich Macht, weißt du. Du kannst einfach alles damit machen.'

Masterman zu Kipps und Sid: 'Was Glückseligkeit betrifft, ist eine heile Welt nötig, damit Geld, Vermögen und derartiges tatsächlichen Wert haben. Und diese Welt, sage ich, ist hoffnungslos aus den Fugen geraten. Der Mensch ist ein soziales Lebewesen, dessen Geist heutzutage den Erdball umspannt. Und eine Gemeinschaft kann in einem Teil dieser Erde nicht glücklich sein, während sie in einem anderen Teil unglücklich ist. ... Tatsächlich ist die menschliche Gesellschaft ein Körper, und der ist entweder gesund oder krank. Das ist das Gesetz. Die Gesellschaft, in der wir leben, ist krank. Sie ist ein reizbarer, fieberkranker Invalide, gichtisch, gierig, schlecht ernährt. ...

Diese Welt ist aus den Fugen. ... Wir stehen am Beginn der Krankheit dieser Welt. Offen gesagt, glaube ich, dass diese unsere Zivilisation am Umkippen ist.'

'Es gibt aber den Sozialismus', wendete Sid ein, worauf Masterman erwiderte: 'Aber keine schöpferische Vorstellungskraft, um von ihm Gebrauch zu machen. In ein paar Jahrhunderten ist es vielleicht so weit, doch mittlerweile steht uns ein ziemlich hitziger Anfall eines weltweiten Durcheinanders bevor. ... Krisen in Handel und Industrie. Politische Ausbeutung. Zollkriege. Revolutionen.' ...

Kipps sah sich nun veranlasst zu reden: 'Heute wird die Welt von Reichen regiert; sie dürfen mit dieser Welt fast alles tun, was sie wollen. Und was tun sie? Sie verwüsten sie!' 'Hört, hört!' sagte Sid sehr ernst. Masterman stand auf und wendete den Rücken dem Kamin zu: 'Insgesamt haben heute die Reichen weder Herz noch Phantasie. ... Unsere verarmten Massen werden immer zahlreicher, und die Herrschenden treffen keinerlei Vorkehrungen, sehen nichts voraus, tun nichts im voraus.'

Herbert George Wells (1866–1946), Wie wird man Millionär? (dt. Ausgabe des Romans "Kipps" (1928), der als Musical "Half a Sixpence" ein Welterfolg wurde) Frankfurt 1995, S. 322–327.

Erhard Glözl:

Die Verwirrungen um die vermeintliche Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken*

1. Einleitung

Geschäftsbanken können kein selbstgeschöpftes Geld kaufkraftwirksam verleihen. Sie können nur Geld, das sie von der Notenbank oder von Einzahlern bekommen haben, kaufkraftwirksam weiter verleihen. Sie können Geld zum kaufkraftwirksamen Verleihen also nur bekommen

- durch Verkauf von Gold, Devisen oder Wertpapieren an die Notenbank (dabei wird Notenbankgeld geschöpft);

- auf Kredit von der Notenbank gegen Hinterlegung von Wertpapieren und Bezahlung von Zinsen an die Notenbank (dabei wird Notenbankgeld geschöpft);

- durch Geldeinzahlungen von Kunden, denen sie in der Regel dafür Zinsen zahlen müssen (wenig wenn der Kunde sein Geld auf ein Girokonto einzahlt, mehr wenn ein Kunde sein Geld auf ein Sparguthaben einzahlt). Dabei wird kein Notenbankgeld geschöpft. Es entstehen dabei Guthaben, die aus verschiedenen Gründen in der Literatur oft zur Geldmenge gezählt werden;

- durch Einsatz von Eigenkapital.

Warum diese im Bankwesen unbestrittene Tatsache in verschiedenen Kreisen immer wieder in Zweifel gezogen und damit unnötig Verwirrung gestiftet wird, hat folgende Ursachen:

- Die Darstellungen, die sich in Büchern im Zusammenhang mit der Ablösung von Gold als Geld durch Papiergeld finden;

- die unpräzise Verwendung der verschiedenen Begriffe von Geld;

- durch die Verwendung des Begriffes "der aktiven Giralgeldschöpfung" (im Gegensatz zum Begriff der passiven Giralgeldschöpfung) und der damit im Zusammenhang stehenden englischen Buchungsmethode, die heute bei der Vergabe von Krediten verwendet wird;

- Mißverständnisse beim Vorgang der "multiplen Geldschöpfung".

2. Das Mißverständnis bei der Entstehung von Papiergeld

In Büchern findet man oft sinngemäß folgende Darstellung:

Anstelle von Gold haben die Goldhändler Lagerscheine ausgegeben. Diese haben sich als bequemeres Zahlungsmittel als echtes Gold erwiesen. Als sie merkten, daß die Leute diese Lagerscheine nur mehr selten gegen das gelagerte Gold tauschten, weil sie Vertrauen in diese Lagerscheine gewonnen hatten, gaben sie zusätzliche Lagerscheine aus, die nicht mehr durch das Gold im Lager gedeckt waren. Das Verhältnis zwischen Lagerscheinen einerseits und Gold im Lager andererseits war derart, daß sie die wenigen Leute, die ihre Lagerscheine in Gold tauschen wollten (im Normalfall!), noch sicher bedienen konnten. Leider steht in den Büchern an dieser Stelle meist nicht dabei, daß dieser Vorgang nichts anderes bedeutet als die Herstellung von ungedecktem Falschgeld und daß der Vorgang der Geldschöpfung heute nicht in Analogie dazu abläuft.

Aus der Analogie allerdings, daß es heute bequemer ist mit Giralgeld (Sichtguthaben) als mit Bargeld zu zahlen, wird daher oft der falsche Schluß gezogen, daß Giralgeld heute in der gleichen Weise wie dieses Papiergeld als Falschgeld geschöpft wird, was natürlich nicht der Fall ist.

Auch beim Übergang von einer 100 % gedeckten Goldwährung zu einer nur teilweise gedeckten Goldwährung waren die zusätzlichen Geldscheine nicht ungedeckt sondern etwa durch Wertpapiere gedeckt. Durch die Aufgabe des Goldstandards hat sich an der Deckung der Währung nichts Grundsätzliches geändert, nur wurde die Garantie aufgegeben, einen Geldschein jederzeit bei der Notenbank in Gold tauschen zu können.

* Nachtrag zum Expertengespräch beim Symposium "Für einen neuen Geldpluralismus" vom 15. bis 18. Juni 2000 in Steyerberg/Hannover

3. Die unpräzise Verwendung der verschiedenen Begriffe von Geld

Umgangssprachlich spricht man oft in verschiedenem Sinn von Geld:

Vom Geld in der Brieftasche, vom Geld am Girokonto, vom Geld am Sparbuch oder auch vom Geld, das man in Wertpapieren oder auch in Aktien angelegt hat. Mit dem Geld in der Geldtasche, also den Banknoten und Münzen, dem sogenannten Bargeld, kann man jederzeit einkaufen. Mit Bargeld ist man daher immer "liquid", Bargeld hat die höchste Liquidität. Dasselbe gilt für Giralgeld.

Auch wenn es in der täglichen Praxis den Anschein hat, daß man mit dem Geld am Sparbuch auch jederzeit einkaufen kann, weil man es ja vom Sparbuch abheben kann und damit "in Bargeld umwandeln" kann, liegen die Verhältnisse hier etwas anders. Geld am Sparbuch ist mindestens mit der gesetzlichen Bindungsfrist von 3 Monaten oder länger gebunden. D.h. daß im Fall, daß die Bank nicht liquide ist (was nur in Ausnahmesituationen der Fall ist), das Abheben von Bargeld oder Giralgeld vom Sparbuch und damit der Einkauf erst nach dieser Bindungsfrist möglich ist. Sparbuchgeld ist daher weniger liquide.

Geld, das man in Wertpapieren oder Aktien angelegt hat, ist eigentlich gar kein Geld, weil man erst einen Käufer finden muß, der einem die Wertpapiere oder Aktien abkauft, bevor man mit dem Geld, das man aus dem Verkauf erlöst hat, einkaufen kann. Wertpapiere oder Aktienbestände werden daher auch bei der Verwendung von sehr umfassenden Geldbegriffen nicht zur Geldmenge gezählt.

An diesen Beispielen erkennt man, daß der Begriff "Geld" sehr unterschiedlich verwendet werden kann. So kann im allgemeinsten Fall alles, was eine Tauschmittelfunktion (z.B. Zigaretten im Krieg) oder eine Wertaufbewahrungsfunktion hat, als Geld bezeichnet werden oder der Begriff kann auch nur ganz eng für Bargeld verwendet werden. Die Widersprüchlichkeiten in vielen Diskussionen zum Thema Geld ergeben sich sehr häufig aus der unpräzisen Verwendung des Begriffes Geld. Um Verwirrungen zu vermei-

den, sollte daher der Begriff "Geld" ohne präzisierende Zusatzbezeichnungen nicht verwendet werden. Aus diesem Grunde seien hier die wichtigsten Geldbegriffe (ohne technische Details) angegeben:

Das von der Zentralbank geschaffene Geld heißt Zentralbankgeld. Es setzt sich zusammen aus dem Bargeld (Banknoten und Münzen) und den Guthaben der Banken bei der Zentralbank (die Guthaben der Nichtbanken bei der Zentralbank kann man vernachlässigen). Die Banken halten diese Guthaben bei der Zentralbank in Form von Sichtguthaben (= täglich fällige Guthaben), um unter anderem ihren Verpflichtungen zur Haltung einer Mindestreserve nachzukommen.

Zahlt ein Kunde bei einer Bank Bargeld ein, so entstehen je nach Bindungsfrist Sichtguthaben (keine Bindungsfrist, täglich fällig), Terminguthaben oder Sparguthaben. Guthaben werden auch als Buchgeld bezeichnet. Da diese Guthaben zu der M3-Geldmenge zählen (siehe weiter unten) wird beim Einzahlen von Bargeld Buchgeld geschöpft. Dieser Vorgang wird als "passive Buchgeldschöpfung" bezeichnet, weil Einzahlungen auf der Passivseite der Bankbilanz verbucht werden.

Selbstverständlich kann ein Kunde auch die Bindungsfristen ändern und so Sichtguthaben in Sparguthaben und umgekehrt umwandeln. In jedem Fall stellt ein Guthaben eine Forderung auf Bargeld dar.

Sichtguthaben entstehen in der gleichen Weise wie Sparguthaben, mit Ausnahme der Vorgänge im Zusammenhang mit der englischen Buchungsmethode bei Kreditvergaben, auf die in Kapitel 4 eingegangen wird und die in der Literatur verwirrenderweise als "aktive Giralgeldschöpfung" bezeichnet werden. Sichtguthaben haben aber gegenüber den Sparguthaben den Vorteil, daß sie als bargeldloses Zahlungsmittel dienen können und damit die gleiche Liquidität wie Bargeld haben. Der Ausdruck "bargeldloses Zahlungsmittel" verleitet allerdings zur Annahme, daß Zahlungen mit Sichtguthaben (Giralgeld) grundsätzlich ohne Einsatz von Notenbankgeld ablaufen, was natürlich falsch ist. Wenn Herr A beim Fahrradhändler X ein Fahrrad durch Überweisung von seinem Girokonto auf das Girokonto von X bezahlt, muß man zwei Fälle unterscheiden:

Wenn A und X das Girokonto bei der gleichen Bank haben, ist das ein reiner bankinterner Buchungsvorgang, ohne daß Notenbankgeld fließt. Wenn allerdings A das Girokonto bei der A-Bank hat und X das Girokonto bei der X-Bank hat, muß gleichzeitig mit der Buchung auf den Girokonten eine Übertragung von Notenbankgeld von der A-Bank auf die X-Bank erfolgen. In der Regel findet diese Notenbankgeldübertragung von der A-Bank zur X-Bank nicht durch Übertragung von Bargeld sondern durch die Übertragung von Sichtguthaben bei der Notenbank statt (Sichtguthaben bei der Notenbank sind Teil des Notenbankgeldes!). Da statistisch die Buchungen von der A-Bank an die X-Bank täglich ähnlich hoch sind wie die Buchungen der X-Bank an die A-Bank, ist der tatsächlich zu buchende Saldo relativ zur absoluten Höhe der Transaktionen verhältnismäßig klein.

4. Mißverständnisse beim Vorgang der sogenannten "aktiven Giralgeldschöpfung"

Von einer "aktiven Giralgeldschöpfung" spricht man in der Literatur, wenn die Entstehung von Buchgeld vordergründig durch Aktivitäten ausgelöst wird, die auf der Aktivseite der Bilanz verbucht werden, das heißt aber keinesfalls, daß dadurch beispielsweise Kredite aus dem Nichts ohne passivseitige Einlagen kaufkraftwirksam vergeben werden können.

Eine – wenn auch in der Praxis nicht häufige – Möglichkeit einer aktiven Giralgeldschöpfung ist der Wertpapierkauf durch eine Geschäftsbank. Verkauft beispielsweise ein Unternehmen ein Wertpapier an eine Geschäftsbank, wird dem Unternehmen der Kaufpreis in der Regel auf einem Girokonto gutgeschrieben. Dieser Vorgang wird als "aktive Buchgeldschöpfung" bezeichnet, weil Wertpapiere auf der Aktivseite der Bankbilanz verbucht werden. Dieser Vorgang ist inhaltlich aber nichts anderes als eine Hintereinanderausführung eines normalen Kaufes (nämlich des Wertpapierkaufes in Bargeld) und einer passiven Buchgeldschöpfung (durch Einzahlung des Bargeldes auf ein Girokonto).

Besonders erläuterungswürdig ist der Vorgang der "aktiven Buchgeldschöpfung" durch Kreditvergabe. Anstoß dazu wird durch einen Kreditnehmer gegeben. Da vergebene Kredite einer Bank Forderungen der Bank darstellen und somit auf der Aktivseite verbucht werden, wird dieser Vorgang "aktive Buchgeldschöpfung" genannt. Zur Klarstellung des Vorganges ist es wichtig, die Kreditvergabe in die zwei logischen Teile, aus denen sie besteht, nämlich die Kreditzusage und die kaufkraftwirksame Inanspruchnahme des Kredites, zu unterteilen.

Bei der sogenannten "kontinentalen Buchungsmethode" wird die Kreditzusage nicht verbucht, sondern nur der tatsächlich in Anspruch genommene Teil des Kreditrahmens. Gehen wir vom gleichen Beispiel wie vorher aus:

Herr A erhält von der A-Bank eine Kreditzusage von 1.000 Euro für ein Fahrrad. Das Fahrrad kostet 800 Euro die er dem Fahrradhändler X überweisen will. Hat der Fahrradhändler sein Konto bei der X-Bank, muß die A-Bank gleichzeitig mit der Überweisung des Rechnungsbetrages einen Betrag von 800 Euro Notenbankgeld in der Regel in Form von Sichtguthaben bei der Notenbank an die X-Bank überweisen. Diese zu überweisende Notenbankgeldmenge kann die A-Bank jedenfalls nur dann überweisen, wenn sie über eine entsprechende Einlage eines Kunden auf der Passivseite verfügt oder durch ein Wertpapiergeschäft mit der Notenbank Notenbankgeld geschöpft wird. Eine kaufkraftwirksame Kreditschöpfung aus dem Nichts ist also nicht möglich. Dies käme einer Bilanzfälschung gleich.

Hat der Fahrradhändler sein Konto ebenfalls bei der A-Bank, überweist die Bank den Rechnungsbetrag vom A-Konto auf das X-Konto, ohne daß Notenbankgeld fließt. Inhaltlich bedeutet in diesem Fall die Erhöhung des X-Kontos des Fahrradhändlers nichts anderes, als die Hintereinanderausführung eines Bargeldkredites, eines normalen Bargeldkaufes und der anschließenden Einzahlung des Bargeldes auf ein Konto, also die Kombination eines Bargeldkredites mit einer passiven Buchgeldschöpfung.

Anlaß zu einer möglichen Verwirrung gibt nur die heute meistens angewandte sogenannte "englische Buchungsmethode", bei der nicht der

kaufkraftwirksam in Anspruch genommene Teil des Kreditrahmens sondern der gesamte Kreditrahmen sofort bei Kreditzusage verbucht wird. In diesem Fall hat es vordergründig den Anschein, daß die A-Bank vorübergehend Buchgeld aus dem Nichts erschaffen hat. Aber auch in diesem Fall kann bei der Inanspruchnahme des Kredites selbstverständlich die Rechnung nur überwiesen werden, wenn gleichzeitig ein entsprechender Notenbankgeldbetrag an die X-Bank überwiesen wird.

Inhaltlich unterscheiden sich kontinentale und englische Buchungsmethode daher nicht. Da bei der englischen Buchungsmethode der zwischenzeitig nicht ausgeschöpfte Kreditrahmen zwar als Buchgeld aufscheint, dieser aber nicht "kaufkraftwirksam" ist, sollte man aber auch in diesem Fall diesen Vorgang besser nicht als Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken bezeichnen, weil das nur zur Verwirrung führt.

5. Mißverständnisse beim Vorgang der sogenannten "multiplen Geldschöpfung"

In der Literatur findet man immer wieder Aussagen, daß Banken im Wege der "multiplen Geldschöpfung" zwar kein Zentralbankgeld aber doch Buchgeld schöpfen können.

Tatsächlich kann ausgehend von einem Betrag von z.B. 1 Million Euro Notenbankgeld, den eine Bank zur Verfügung hat, durch einen wiederholten Ablauf des Vorganges

- Kreditvergabe von A-Bank an A
- A kauft ein Produkt von X
- X legt den erhaltenen Rechnungsbetrag ein und erhält dafür ein Guthaben

ein Vielfaches von 1 Million an Krediten vergeben werden. Die Höhe dieses Vielfachen, der sogenannte "Geldmengenmultiplikator" wird im wesentlichen bestimmt durch

- die Mindestreservpflichten der Banken (Verhältnis der Sichtguthaben der Bank bei der Zentralbank zu täglich fälligen Verbindlichkeiten der Bank)
- Begrenzungen durch die Höhe des Eigenkapitals der Banken (Verhältnis von Eigenkapital zu vergebenen Krediten)

- Liquiditätserfordernisse der Banken
- Liquiditätspräferenzen der Kunden
- usw.

Die Aussage, daß das Bankensystem durch diesen Prozeß Geld schöpft ist also insofern irreführend, als durch diesen Prozeß genauer gesagt

- die M1-, M2- und M3-Geldmenge erhöht wird, ohne Erhöhung der Zentralbankgeldmenge, was aber im wesentlichen nichts anderes heißt, als daß das gesamte Guthabensvolumen wächst und dadurch das gesamte Kreditvolumen wachsen kann;
- das M1-, M2- und M3-Geld nicht durch die Banken geschöpft wird, sondern durch Einzahlungen von Kunden auf Konten, nämlich Sichtguthaben, Terminguthaben und Sparguthaben, die zur M1-, M2- und M3-Geldmengen zählen.

6. Zusammenfassung

Heutzutage sind immer mehr Menschen über die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und die zunehmende Instabilisierung unserer Wirtschaft durch die Finanzwirtschaft berechtigterweise beunruhigt. Intuitiv verspüren sie richtigerweise, daß diese Fragen eng mit unserem Geldwesen, den Krediten und dem Zinssystem zu tun haben. Die Vorgänge um die Geldschöpfung und die Zusammenhänge zwischen Notenbankgeld und Buchgeld sind sehr komplex und daher schwer verständlich. Darüber hinaus werden in der Literatur sehr unglückliche irreführende Formulierungen verwendet, die manche veranlassen zu glauben, daß die Hauptursache für die oben genannten Probleme in der heutigen Form der Geldschöpfung und insbesondere in der Buchgeldschöpfung durch Geschäftsbanken liegt.

Dem ist nicht so. Im Vorangehenden wurde versucht zu zeigen, daß sowohl das Zentralbankgeld durch Aktiva der Zentralbank als auch das Buchgeld der Geschäftsbanken durch Aktiva der Geschäftsbanken gedeckt sein müssen und nicht beliebig aus dem Nichts geschaffen werden können. Das heißt natürlich nicht, daß der Wert des Notenbankgeldes oder der Wert des Buch-

geldes (z.B. Sparguthaben) hundertprozentig gesichert ist. Die Sicherheit ist nur in dem Ausmaß gegeben, wie sicher die Aktiva sind, d.h. beispielsweise wie sicher einbringlich die von den Banken vergebenen Kredite sind.

Der Begriff des Geldes kann sehr weit gefaßt werden. So kann z.B. auch ein Schuldschein den A von B erhält, gegen die Übergabe von 1 Sack Weizen als Geld betrachtet werden und von anderen anstatt einer Zahlung entgegengenommen werden. Geld muß aber in jedem Fall durch eine konkrete Forderung, in diesem Fall nach 1 Sack Weizen, gedeckt sein. So ist das auch bei allen heutigen Geldbegriffen. Wenn A einen Schuldschein von B fälscht, indem er 1 Sack Weizen auf 2 Sack Weizen ausbessert, hat er Falschgeld erzeugt. Im heutigen Geldwesen würde die Produktion von Falschgeld einer Bilanzfälschung entsprechen, vor der uns die Instrumente unseres Rechtsstaates ausreichend schützen sollten.

Die wahre Ursache für die Instabilisierung unserer Gesellschaft liegt darin, daß die Geldguthaben und damit die Kapitaleinkommen in unserem Wirtschaftssystem notwendigerweise rascher als das Bruttosozialprodukt wachsen

müssen, was ich als 2. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre formuliert und begründet habe (siehe dazu [1]) und was wegen der starken Ungleichheit des Kapitalvermögens zu einem Auseinanderdriften von Arm und Reich führen muß. Dieser Ansatz geht in seinem Grundverständnis auf Helmut Creutz [2] zurück, der sich schon lange mit den Fragen der Geldschöpfung befaßt (siehe dazu [3]).

Die angesprochene Instabilisierung unserer Gesellschaft kann nur durch geeignete Kapitalsteuern verhindert werden und nicht durch Modifikationen im Geldschöpfungsprozeß. In diesem Sinne hoffe ich, mit dem vorliegenden Artikel einen Beitrag dazu zu leisten, daß alle Kräfte von einem Scheinproblem abgelenkt und wieder auf die Lösung der Hauptprobleme fokussiert werden.

Literaturhinweise

- [1] Erhard Glözl: "Welche Probleme können Komplementärwährungen lösen?" Diskussionsgrundlage für das Expertengespräch zum Thema "Für einen neuen Geldpluralismus" von 15.-18.06.2000 in Steyerberg/Hannover
- [2] Helmut Creutz: "Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, 1993)
- [3] Helmut Creutz: "Geldschöpfung durch Geschäftsbanken - Theorie oder Wirklichkeit?" Zeitschrift für Sozialökonomie 108/1996, Gauke Lütjenburg

Familienfreundliches Erbaurecht

"Neun bis zehn Jahresgehälter brauchen deutsche Durchschnittsbürger, um an die eigenen vier Wände zu kommen. An die 50 % hiervon frisst allein der Kauf eines geeigneten Baugrundstücks. Bei einer Grundstücksgröße vom 500 m² pro 200 Euro kostet der Baugrund 100.000 Euro. Bei einem Erbbauzins von 3 % liegt der jährliche Aufwand bei 3.000 Euro. ... Erstaunlich, dass bei so viel Erfreulichem das Thema Erbaurecht immer noch ein Schattendasein führt: In Italien werden 70 % aller ausgewiesenen Baugrundstücke im Erbaurecht vergeben. In Großbritannien gibt es im ganzen Land verbreitet Leasehold-, also Erbaurechts-Beratungsstellen. In Holland unterliegen die Kommunen einer gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht zur sogenannten Baulandbevorratung. So befinden sich in Amsterdam über 75 % aller selbstgenutzten Einfamilien- und Reihenhau-

grundstücke als Erbaurechte im Eigentum der Stadt. ... Und dann Deutschland: Bundesweit liegt der Anteil von Erbaurechten an allen Kaufverträgen mit Bauland unter 3 % - gleichgültig, ob es sich beim Erbaurechtsgeber um Kommunen, Kirchen oder private Grundstücksbesitzer handelt. ... Rund die Hälfte aller Erbbaugrundstücke in Deutschland werden von Kommunen bestellt; es folgen die Kirchen mit 30 % und private Grundstücksbesitzer mit 20 %."

Dorothea Heintze, Die Scholle mieten - Mit Hilfe von Erbbaugrundstücken kommen Familien leichter zum Eigenheim, in: Die Zeit Nr. 3/2001, S. 26.

Literatur zur Reform des Bodenrechts

Rudolf Josten: Die Bodenwertsteuer - eine praxisorientierte Untersuchung zur Reform der Grundsteuer. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2000. 248 Seiten. ISBN 3-17-016645-X.

Dirk Löhr: Die Bodenwertabgabe als Instrument einer effizienten Flächenhaushaltspolitik. Cottbus: Aktuelle Reihe der Brandenburgischen Technischen Universität Nr. 1/2002. 88 Seiten. ISSN 1434-6834.

B Ü C H E R

Joseph Huber Vollgeld – Beschäftigung, Grund- sicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung

Berlin: Duncker & Humblot Verlag, 1998. 452 Seiten.

Innerhalb der im Ausland im Internet geführten nichtakademischen Geldreform-Diskussionen steht das Thema "Seigniorage Reform" oder "Plain Money" schon längst auf der Tagesordnung. Die heutige duale Geldordnung, in der Zentralbank und Geschäftsbanken Geld schöpfen, soll in ein 100%-Monopol der Zentralbank transformiert werden. Die Ausgabe von Bar- und Giralgeld wäre demnach ausschließlich Aufgabe des Staates. Der Staat wäre demnach der alleinige Nutznießer der Einnahmen, die aus der Geldschöpfung entstehen ("Seigniorage"). Anlass für die Diskussion war das kleine Buch "Creating New Money – A Monetary Reform for the Information Age" von Joseph Huber und James Robertson, das 1999 von der New Economics Foundation (NEF) in Großbritannien herausgegeben wurde. Die NEF beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Forschung und Förderung von alternativen bzw. grünen ökonomischen Reformprojekten und ist auch eine der Promotoren der Lokalgeldbewegung LETS. Spiritus Rector dieses Geldreformansatzes ist Prof. Dr. Joseph Huber (Universität Halle). Er hat bereits 1998 im renommierten akademischen Verlag Duncker & Humblot das Thema unter dem Titel "Vollgeld" tiefgehend und ausführlich dargelegt. Innerhalb der bundesdeutschen Geldreformbewegung wurde dieser Vorschlag lange Zeit nicht registriert. Ein Grund dafür ist sicherlich nicht die Relevanz oder die Komplexität des Vorschlages, sondern vermutlich eher eine unzureichende Vermarktung der Idee. Das vorliegende Buch ist schon wegen des Preises kaum dazu geeignet. Dennoch richtet sich der Inhalt des Buches an ein größeres, auch nichtakademisches Publikum. Sehr ausführlich und mit vielen, oft unnötigen Ausflügen und lehrbuchartigen Schleifen legt Huber seinen eigentlichen Ansatz dar. Es geht dabei nicht nur um

eine Reform der Geldordnung durch "Vollgeld", sondern auch um Grundeinkommen, Bezugsrechte und Retribution durch Senkung der Staatsquote. Neu ist die Verknüpfung der Vollgeld-Idee mit der Finanzierung des Grundeinkommens durch die neue Einnahmequelle in Form der Seigniorage. An Stelle der Geschäftsbanken versorgt nun die Zentralbank die Wirtschaft mit frischem Giralgeld, nicht über den Kreditweg, sondern über die Ausstellung von zinsfreien Bezugsrechten auf Ziehung von Geld an die Bezieher des Grundeinkommens. Die inflationsfreie Geldmengenregulierung hat dabei absoluten Vorrang, wobei etwaige Defizite für die Sicherung des Grundeinkommens durch andere Quellen (Steuern) ausgeglichen werden sollen. Die direkte Einspeisung des Giralgeldes in die Wirtschaft zur Finanzierung des Grundeinkommens würde – so Huber – nicht nur zu einer Zinssenkung führen, sondern auch zur Entlastung des Staates bei den herkömmlichen Sozialausgaben. Steuern und Staatsverschuldung können gesenkt werden zugunsten der privaten Einkommens- und Vermögensbildung.

Ausgangspunkt und deshalb zentrales Anliegen Hubers ist allerdings die Reform des Geldes. Der Titel des Buches ist demnach berechtigt, obwohl der Begriff "Vollgeld" im Hinblick auf die deutsche Sprachentwicklung ("vollgeil", "vollgut" usw.) zu komischen Analogien führen kann und deswegen nicht ideal gewählt ist. An dieser Stelle möchte ich mich auf den Geldreformansatz beschränken, obwohl ich damit mehr als 50% des Inhalts bewusst vernachlässige.

Die heutige Geldordnung, in der die Zentralbank und die privaten Geschäftsbanken Geld schöpfen, ist historisch gewachsen und entstanden durch die zunehmende Bedeutung des Giralgeldes in der Wirtschaft. Aus ordnungspolitischen Gründen stellt Huber dieses System zu Recht in Frage. Die Frage ist allerdings nicht neu. Seit der Currency-Banking-Kontroverse im vorletzten Jahrhundert wurde die Frage immer wieder gestellt und je nach Lager unterschiedlich beantwortet. Auf der einen Seite die Befürworter einer Ausdehnung des staatlichen Monopols über die Giralgeldschöpfung (z. B. 100%-money-Reformvorschläge durch Irving Fisher,

Friedman und in Deutschland zuletzt durch Gocht), auf der anderen Seite diejenigen, die das staatliche Monopol aufheben möchten und eine Privatgeldordnung befürworten (Hayek, Engels u.a.). Huber, der in dieser Kontroverse "Central Banking versus Free Banking" eindeutig Position bezieht, bezeichnet die Wiederherstellung des staatlichen Monopols als Modernisierung der Geldordnung. Darüber, ob man die Wiederherstellung einer alten Ordnung mit dem Prädikat "modernisiert" oder "revisionistisch" versehen sollte, könnte man natürlich streiten. Entscheidend für die Position Hubers ist seine Annahme, dass "die Geldordnung unmissverständlich ein Teil der öffentlichen Rechtsordnung ist, nicht Gegenstand von privatrechtlich ausgeübten Geschäftsinteressen" (Seite 14). Das Geldmonopol ist für Huber genauso unstrittig wie das Gewalt-, Rechts- und Steuermonopol des Staates. Demnach ist Privatgeld a priori "illegitim" und "absurd" und würde einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat untergraben. Die Kontrolle der Geldmenge ist – so Huber – eine "politische Führungsaufgabe von Verfassungsrang" (Seite 236). Wenn man dieser Annahme zustimmt, ist die Forderung von Huber nach "Vollgeld" berechtigt und konsequent. Was für Huber selbstverständlich ist und in seinem Buch demnach leider keiner weiteren Begründung bedarf, ist in der heutigen Zeit für viele Geldtheoretiker und -reformer aber auch für praktizierende Wirtschaftsakteure nicht mehr so selbstverständlich wie es vor 50 Jahren das Post-, Eisenbahn- und Telefonmonopol des Staates noch war. An dieser Annahme scheiden sich die Geister. Die Selbstverständlichkeit dieser Basis-Annahme ist die Schwachstelle im Fundament des Vorschlags. Die Tatsache, dass in der Praxis entweder aus ideellen, sozialen oder gewinnorientierten Motiven bereits eine Vielzahl Nebenwährungen existieren und täglich neue dazukommen, wird von Huber ignoriert bzw. in einem Dreizeiler zu den Tauschringen als Notgeld für Menschen bezeichnet, die in der Geldökonomie nicht mehr zu Rande kommen. Dies im Gegensatz zu seinem Mitstreiter James Robertson, der zu den frühen Protagonisten der LETS-Bewegung und anderer monetärer Reformprojekte gerechnet wird.

Es leuchtet ein, dass die Vollgeld-Emission durch zinsfreie Ausgabe der Bezugsrechte zur Finanzierung des Grundeinkommens (in Höhe von ca. 100 Mrd. DM p.a.) wesentlich beitragen kann. Die "Seigniorage Reform" läuft letztendlich auf eine Verstaatlichung der "Münzgewinne" der Giralgeldschöpfung (ohne Zentralbank-Giralgeld) zum Nachteil der heutigen Schöpfer (private Geschäftsbanken) hinaus. Es ist allerdings nicht nachvollziehbar, warum dieser Aderlass nur als Verlust von "gewissen Margenextragewinnen" (Seite 26) des Bankensektors verharmlost wird. Die eigentlichen Verlierer sind – so Huber – die Geldbesitzer, die weniger Zinsertrag realisieren, da eine zum Teil zinsfreie Emission des Geldes durch die Zentralbank zur generellen Zinssenkung führen wird. Da er aber nicht als Zinskritiker missverstanden werden möchte, schließt Huber mit einem ausführlichen Anhang (20 Seiten) "Kritik des Schwundgeldes nach Silvio Gesell". Dieser interessante Anhang hätte eine separate Würdigung verdient.

Hugo Godschalk

Bernard Lietaer
Die Welt des Geldes. –
Das Aufklärungsbuch

Geleitwort von Prof. Dr. Ursula Schneider, Graz
 Würzburg: Arena-Verlag, 2001, 153 Seiten.

Neben das den Lesern dieser Zeitschrift sicherlich bekannte "Aufklärungsbuch" gegen den Nebel um das Geld legt der ebenfalls wohl bekannte "geldkritische" Finanzmarktexperte B. Lietaer nun ein Aufklärungsbuch für eine besondere Zielgruppe, nämlich die unserer heranwachsenden Staatsbürger. Die sollten schließlich beizeiten aufgeklärt werden, da nach aller Erfahrung nicht jede Selbstaufklärung auch als gelungen bezeichnet werden kann. Und man kann Lietaer nur beipflichten, wenn er anklingen lässt, dass Herkunft und Geburt des neuen Menschen im Stadium der Voraufklärung doch ebenso Mysterium und Tabu seien wie Geld und Zins. Berichtet uns Aristoteles nicht, dass sie ihn, den Zins, *tókos*, d.h. "Junges" nannten?

So gesehen befinden sich viele, leider wohl allzu viele unserer Vollbürger hinsichtlich des Geldes zweifellos noch im Status der Unauf-

geklärtheit: was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr! "Nun also", ruft Lietaer ihnen – den Teenagern – zu: "Habt Mut euch eures eigenen Verstandes zu bedienen"!

Er ist also in gewisser Weise optimistischer als Keynes, der wohl monetär aufgeklärteste Volkswirt der Moderne, der ja gleichwohl behauptet hat, dass nur zwei Dinge einen Mann verrückt machen können: die Liebe zu einer Frau und das Nachdenken über das Geld.

Um es gleich vorwegzunehmen: Das Buch ist pädagogisch und didaktisch geschickt aufgebaut. Der Patenonkel Bernard führt sein Patenkind Sylvie per e-mail von Kapitel zu Kapitel durch die Welt des Geldes, er spricht die Sprache Sylvies und ihrer Freunde, er will Förderer und Förderer zugleich sein – und es gelingt ihm. In elf Kapiteln erläutert er den mysteriösen Ursprung, die gestaltende Macht und den ambivalenten Wert der Existenz des Geldes. Natürlich erfährt auch die junge Leserschaft nicht zuletzt von den drohenden Gefahren – wie Lietaer sie sieht – des internationalen Geldsystems, vor denen er auch die "Großen" dieser Welt bekanntlich schon eindringlich gewarnt hat. Er erläutert schließlich seine "aufgeklärte" Vision eines "Zukunftsgeldes" und die Rolle, die er den sog. Tauschringen und Komplementärwährungen als Katalysatoren eines den menschlichen Bedürfnissen besser angepassten Geldsystems beimisst.

Lietaers Buch ist ein m. E. ein gelungener Wurf. Er klärt auf, ohne zu belehren, er sensibilisiert, ohne Angst auszulösen, und er bietet einen Zukunftsentwurf, ohne allwissend zu erscheinen.

Thomas Huth

Joseph Stiglitz Die Schatten der Globalisierung

Berlin: Siedler Verlag, 2002. 304 Seiten.

Geheimniskrämerisch, undemokratisch, marktwirtschaftlich fundamentalistisch. Niemand fühlt sich geschmeichelt, wenn ihm ein solches Verhalten nachgesagt wird. Andererseits bedarf es einer ordentlichen Portion Mut, derartige Vorwürfe zu erheben. Denn die wollen ordentlich begründet sein.

Joseph Stiglitz traut sich das zu. In seinem neuen Buch "Die Schatten der Globalisierung" wirft er das alles dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor. Neu ist diese Kritik nicht. In linken Kreisen, zumal in globalisierungskritischen, gehört sie seit langem zum Standardrepertoire. Pikant ist das vernichtende Urteil des unscheinbaren kleinen Mannes mit dem schwarzen Rauschbart und der runden Nickelbrille dennoch. Denn Stiglitz gehört zu den wenigen, die den IWF von innen kennen und aus dem Nähkästchen plaudern: Von 1993 bis 1997 beriet er die Clinton-Regierung in Wirtschaftsfragen. Anschließend war er Chefökonom der Weltbank, die das Wachstum in den Entwicklungsländern ankurbeln und so die Armut verringern soll. In beiden Ämtern arbeitete Stiglitz eng mit IWF-Experten zusammen – und geriet immer wieder mit ihnen aneinander. Zu verschieden waren die Auffassungen, welche politischen und ökonomischen Maßnahmen hilfsbedürftigen Ländern gut tun. Stiglitz konnte seine Positionen in den fest gezurrten Machtstrukturen nicht durchsetzen. Deshalb trat er 1999 als Chefvolkswirt der Weltbank zurück. Seine Genugtuung: 2001 erhielt er für seine Analyse unvollkommener Märkte den Nobelpreis für Wirtschaft. Heute lehrt er an der Columbia University in New York.

Stiglitz ist kein Gegner der Globalisierung. Im Gegenteil, als Ökonom ist er überzeugt, dass sie dazu beitragen kann, weltweit für wirtschaftliche Stabilität zu sorgen und allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen – unter der Voraussetzung, dass der Wohlstand gerecht verteilt wird. Gerade das geschieht aber nicht. Nach Studien der Weltbank stieg die Zahl derjenigen, die in Armut leben, in den 1990er Jahren weltweit um fast 100 Millionen. "Um zu verstehen, was schief gelaufen ist", schreibt Stiglitz, "muss man die drei wichtigsten Institutionen betrachten, die die Globalisierung lenken: den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation."

Die Menschen in Indonesien waren verbittert, als der IWF dem Land einen Milliardenkredit gewährte mit der strengen Auflage, dass mit dem Großteil des Geldes Forderungen privater Kreditgeber aus den Industrieländern zu bedienen

seien. Gleichzeitig wurden den Armen Brennstoff- und Nahrungsmittelsubventionen gestrichen, weil dafür kein Geld da war. "In mehreren Krisenländern", schreibt Stiglitz, "bezeichnen gewöhnliche Menschen, aber auch Regierungsvertreter und Geschäftsleute den wirtschaftlichen und sozialen Sturm, der über ihre Nationen hinwegfegte, schlicht als 'der IWF' – so wie man 'die Pest' oder 'die Weltwirtschaftskrise' sagen würde."

In diesem Buch schreibt sich Stiglitz seine Enttäuschung über die himmelschreienden Ungerechtigkeiten von der Seele, die der IWF im vergangenen Jahrzehnt zementiert hat. Das macht die Lektüre schwer, zumal eine systematische Struktur nicht erkennbar ist. Wer das aushält, wird belohnt. Denn Stiglitz übt seine Kritik nicht auf abstraktem wissenschaftlichen Niveau, sondern macht sie an Einzelbeispielen aus seiner Praxis begreifbar. Vor allem verdeutlicht er Macht- und Denkstrukturen, die den Prozess der Globalisierung steuern.

Die Kritik am so genannten "Washington Consensus" durchzieht das Buch wie ein roter Faden. Vor allem der IWF pries in den 1990er Jahren drei wirtschaftspolitische Leitlinien als den allein selig machenden Weg zu Wachstum und Entwicklung: weniger Staatsausgaben, Privatisierung und Marktöffnung. Jenes neoliberale Dogma setzte laut Stiglitz vor allem das US-Finanzministerium durch. Letzteres nimmt für die USA die Stimmrechte im IWF wahr. Mit dem Vetorecht, das die USA wegen ihrer hohen Einzahlungen in den Fonds als einzige Nation besitzen, können sie alle Entscheidungen blockieren und so letztlich ihre Interessen durchsetzen.

Stiglitz hält diese Leitlinien für durchaus nützlich – sofern sie sachgerecht umgesetzt werden. So hat beispielsweise die Geschichte gezeigt, dass Länder nicht dauerhaft über ihre Verhältnisse leben können, fiskalische Disziplin also unerlässlich ist. Aber ihn stört, dass so "letztlich eine kleine Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit, die Wohlhabenden auf Kosten der Bedürftigen, begünstigt wird. In vielen Fällen haben Handelsinteressen die Sorgen um Umwelt, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in den Hintergrund gedrängt." Anders als der IWF sieht Stiglitz wirtschaftspolitische Maßnahmen

immer in einem umfassenden, vor allem sozialen Kontext. Und obwohl die Wirtschaftstheorie bereits nützliche Alternativen parat hatte, empfahl der IWF weiterhin seine alten Standards.

Wegen seiner einseitigen ideologischen Ausrichtung versteht der Währungsfonds nicht die Rolle des Staates. Stiglitz findet es richtig, dass der Staat in der Krise selbst kräftig investiert und eine expansive Geldpolitik betreibt, um die Zinsen niedrig zu halten und so private Investitionen und Wachstum zu stimulieren. Nichts anderes tut Alan Greenspan, der Chef der US-Notenbank. Doch der IWF verordnet allzu häufig das Gegenteil. Die ostasiatischen Länder etwa erwirtschafteten vor ihrer Krise Ende der 1990er Jahre Haushaltsüberschüsse und sie hatten auch keine Inflationsprobleme. Für jene Staaten war das rigorose Zusammenstreichen der Staatsausgaben kein geeignetes Mittel, um die Ostasienkrise schnell zu bewältigen. Thailand zum Beispiel hielt sich penibel an die Empfehlungen des IWF. Dennoch lag sein Bruttoinlandsprodukt drei Jahre nach Ausbruch der Krise noch 2,3 Prozent unter dem Niveau der Zeit vor der Krise.

Nur beiläufig erwähnt Stiglitz, warum diese auf Keynes zurückgehende Idee in den vergangenen Jahrzehnten in Verruf geriet. Weil nämlich die Rückzahlung der Schulden, die der Staat in der Krise zur Ankurbelung der Konjunktur macht, in guten Zeiten regelmäßig zu kurz kam. So häuften sich gigantische Schuldenberge an. Wer sich verantwortungsvoll für eine solche Ausgabenpolitik einsetzen will, sollte auch Ansätze mitliefern, die die Rückzahlung sichern.

Stiglitz glaubt an ein komplementäres und partnerschaftliches Verhältnis von Markt und Staat. Das lässt sich auch mit der ökonomischen Theorie belegen: "Die Märkte stehen zwar im Zentrum der Volkswirtschaft, aber der Staat spielt eine wichtige, wenn auch begrenzte Rolle. Der Staat kann nicht jedes Marktversagen beheben und Märkte können nicht von sich aus jedes soziale Problem lösen. Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung sind Probleme, bei deren Lösung dem Staat eine wichtige Rolle zufällt."

Ausführlich beschäftigt sich Stiglitz mit der Forderung des IWF, dass Entwicklungsländer ihre

Waren- und Finanzmärkte für ausländische Investoren öffnen sollen. Dabei zieht er den historischen Vergleich mit den Industrieländern. Die meisten bauten ihre Wirtschaft auf, indem sie selektiv und umsichtig einige ihrer Wirtschaftszweige so lange abschirmten, bis sie stark genug waren, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die westeuropäischen Länder zum Beispiel regulierten ihre Kapitalströme bis in die 1970er Jahre. Dieses Recht billigt Stiglitz auch den Entwicklungsländern zu, zumal die Industrieländer selbst noch immer zu protektionistischen Maßnahmen greifen: Seit kurzem erheben die USA Zölle auf Stahlimporte, um ihre heimischen Produzenten vor dem internationalen Preiskampf zu schützen.

Im Gegensatz zu den harten Privatisierungsschnitten, für die sich der IWF stark macht, setzt Stiglitz auf sanfte Privatisierung. Um einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen, plädiert er statt einer Schocktherapie für eine bedächtige Einführung von Marktpreisen. Gleichzeitig sollten die grundlegenden Institutionen einer Marktwirtschaft aufgebaut werden: gesunde Banken, die Kredite an Firmen vergeben; ein Rechtssystem, das die Einhaltung von Verträgen und geordnete Konkursverfahren regelt; eine Banken- und Börsenaufsicht, ein funktionsfähiges Steuersystem. Vor allem aber ein soziales Sicherungsnetz, das denjenigen, die durch den wirtschaftlichen Umbau ihren Job verlieren, weiterhin ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Das alles wurde zum Beispiel in Russland viel zu wenig bedacht. Die IWF-Kredite, die das Land im Juli 1998 erhielt, waren schädlich, glaubt Stiglitz. Sie brachten "breite Bevölkerungsschichten an den Bettelstab und stützten einen hohen Wechselkurs, der Gift für die Wirtschaft war. Das alles hält bis heute Gruppen an der Macht, deren Korruptheit offen zu Tage tritt."

Die Fehler, die der IWF bei der Bewältigung der Ostasienkrise machte, gestand dieser mittlerweile größtenteils selbst ein. Das führte aber noch nicht zum Umdenken. Erst nach den schmerzlichen Erfahrungen in Russland, Brasilien und Argentinien erklärten IWF und die G-7-Staaten einhellig, dass in Zukunft Konkursmöglichkeiten und Moratorien, also das kurzfristige Aussetzen

des Schuldendienstes, und sogar temporäre Kapitalverkehrskontrollen in kritischen Zeiten eine größere Rolle spielen sollen.

Wie heilsam zeitweilige Kapitalverkehrskontrollen sein können, zeigt Stiglitz am Fall Malaysia. Statt dem IWF-Muster zu folgen, das zur Behebung der Krise höhere Zinsen und weniger Staatsausgaben vorsah, belegte das Land ein Jahr lang grenzüberschreitende Kapitalflüsse mit einer Steuer. "Während dieser Zeit sanierte Malaysia seine Banken und Unternehmen und widerlegte damit ein weiteres Mal seine Kritiker, die gesagt hatten, dass Staaten erst unter der heilsamen, von offenen Kapitalmärkten ausgeübten Disziplin ernsthafte Schritte zur Strukturbereinigung ergreifen würden", schreibt Stiglitz. Es ist kein Zufall, dass die beiden großen Entwicklungsländer, die von den Auswirkungen der Ostasienkrise verschont blieben – Indien und China – Kapitalverkehrskontrollen hatten.

Stiglitz ist überzeugt, dass diese alternativen Strategien den Menschen in den Krisenregionen weniger Lasten auferlegt hätten; die Gläubiger wären sie jedoch teurer gekommen. Genau hier liegt das eigentliche Problem. Die politischen Empfehlungen des IWF sind geprägt von US-Finanz- und Handelsinteressen. So waren die Milliardenkredite an Russland eine Rettungsaktion ebenso für die westlichen Banken wie für Russland selbst. Damit sich diese Interessen nicht hinter verschlossenen Türen durchsetzen, verlangt Stiglitz eine demokratische Kontrolle des IWF und der anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen. So könnten sich die Menschen besser über deren Aktivitäten informieren. Und er fordert ein Mitbestimmungsrecht für jene, die von den Maßnahmen betroffen sind.

Stiglitz schaut bei seiner Analyse durch keine ideologische Brille. Säßen Freigeister wie er am Ruder der großen internationalen Wirtschaftsorganisationen – die Welt wäre ein ganzes Stück gerechter.

Ulrike Heike Müller

PERSONALIE

Dr. Hans Weitkamp

* 8.2.1908 † 21.4.2002

Am 21. April 2002 starb im 95. Lebensjahr Dr. Hans Weitkamp. Von 1978 bis 1988 war er 1. Vorsitzender, dann bis 1993 2. Vorsitzender und seitdem Ehrenvorsitzender der AfC bzw. CGW – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung. In den Jahren 1984 bis 1986 stand er zusätzlich als 1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft vor. Bis zuletzt war ihm geistige Wachheit vergönnt.

Ein weiter geistiger Horizont zeichnete Hans Weitkamp aus. Günter Bartsch hat ihm in seinem Büchlein "Auf der Suche nach Gerechtigkeit" (2000, S. 35 ff.) ein treffendes Kapitel gewidmet. Vielen Menschen hat Hans Weitkamp mit seinem Buch "Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens" die Augen geöffnet. Auch sein Aufsatz "Entlohnung der Mütterleistung – eine bleibende Utopie oder eine mögliche Realität?" gehört in Freiwirtschaftskreisen noch heute zu den Standard-Informationen. Das Weibliche in der Gesellschaft zu stärken, war sein großes Anliegen. Seine Studien über mutterrechtliche Gesellschaftssysteme haben ihn bis ins hohe Alter beschäftigt.

Seinen Mitmenschen war Hans Weitkamp ein warmherzig zugewandter Partner, sowohl als Arzt als auch in seiner Familie und in vielfältigen gesellschaftlichen Engagements. Grundlage seines Wesens war seine tiefe Religiosität. Bemerkenswert auch seine musischen Fähigkeiten; er dichtete und leitete viele Jahre einen Chor. Aus dem Jahr 1982 stammt das nebenstehende Gedicht.

Wir bleiben Hans Weitkamp in Dankbarkeit verbunden und dürfen sicher sein, dass sein guter Geist uns auch weiterhin begleitet.

Roland Geitmann

Ewige Gottheit

Ob ich Dich Mutter oder Vater heiße,
Du sprichst Dein: Ja!
Und Deine starke Hand, die gütige, weise
ist immer nah.
Du denkst uralte Ordnungen, tränkst Saaten
und füllst die Frucht,
erweckst den Menschen, spornst und rufst zu
Taten,
dass er Dich sucht.
Der bittren Nacht und jedem süßen Tage
setzt Du das Licht,
und Du beschenkst mich reich, bevor ich
sage,
wes mir gebriecht.
Kann Deine tiefste Tiefe nie ergründen,
so bist Du fern;
doch will ich Deiner Seele Seele finden,
die Glut im Stern.

Ich ahne dankbar, dass entstammt mein
Leben
ganz dieser Glut,
und dass in Dir dereinst wohl all mein
Streben
geborgen ruht.

Ich weiß dich nicht, doch darf ich glaubend
hoffen,
dass Du mir bist
und dass mein Herz in Dir, Dein Lodern offen
in meinem ist.

Verborgene Rhythmen adeln Deine Sänge
im Hier, im Dort;
und Deiner Sonnen lichte Sternengänge
gehn fort und fort.

Dem will auch ich mich atmend angeloben,
und täglich treu
beim Reigen Deiner Lichtgestalten droben
erglühen neu.

Hans Weitkamp

VERANSTALTUNGEN

Regionalisierung einer globalen Wirtschaft durch neutrales Geld

Tagung der "Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung" (INWO) vom 27. bis 30. Juni 2002 im Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg mit Vorträgen von Dr. Franz Alt: "Wertewandel von der Überflusgesellschaft zur nachhaltigen Bedarfsdeckung". Prof. Dr. Veronika Bennholdt-Thomsen: "Regionale Ökonomie am Beispiel der Warburger Börde". Prof. Dr. Wolfgang Berger: "Zwänge und Chancen der Unternehmenspolitik – Zum Einfluss des Zinses auf Investitionsentscheidungen". Dipl.-Kfm. Thomas Betz: "Der globale Markt – Chaos oder Zukunft?". Evelyne Coën: "Muss denn Geld Sünde sein?". Helmut Creutz: "Ursachen gesellschaftlicher Spannungen und regionale wie internationale Lösungsstrategien". Prof. Dr. Margrit Kennedy: "Die monetäre Krebstherapie – Weltweite Erfahrungen mit Ökodörfern und lokalen Zahlungsmitteln". Harald Klimenta: "Schuldenlast, Unterentwicklung, Wirtschaftskrise – bleibt am Ende nur der Staatsbankrott?". Dipl.-Phys. Harry Lehmann: "Regionalisierung der Energiemärkte durch solare Energieversorgung". Prof. Günther Moewes: "Von der Megalomanie des Geldes zur Megalomanie der Architektur". Roland Spinola: "Paradigmenwechsel und gesellschaftlicher Wandel".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Lebensgarten Steyerberg
Ginsterweg 3, 31595 Steyerberg
Tel.: 05764 – 2370 | Fax: 05764 – 2578
E-Mail: lebensgarten_ev@t-online.de
Internet: www.lebensgarten.de

Der Zins – Antrieb oder Störfaktor der Wirtschaft?

Tagung des "Seminars für freiheitliche Ordnung" am 20. und 21. Juli 2002 in der Tagungsstätte des Seminars in Boll mit Vorträgen von Dr. Otfried Hatzold, München: "Sparmotive, Formen der Ersparnis und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens". Prof. Dr. Gottfried Tinhofer, München: "Anschauliches und Mathematisches zu Zins

und Zinseszins". Eckhard Behrens, Heidelberg: "Die Zinsabhängigkeit unternehmerischer Investitionsentscheidungen". Jobst von Heynitz, München und Fritz Andres, Kirn: "Dauerkonjunktur durch Geldreform". Prof. Dr. Roland Geitmann, Kehl: "Der Zins im Spiegel der Religionen". Prof. Dr. Thomas Huth, Lüneburg: "Zins und Wachstum". Am Abend des 19. Juli findet ein Rundgespräch "Währungspolitische Fragen und Begleitung der Notenbankpolitik" statt. Darin geht es um die Problematik der Liquiditätsfalle, um Deflationsgefahren und um Techniken der Geldumlauficherung sowie um einen Gedankenaustausch über das letzte Jahresgutachten des Sachverständigenrats und die Jahresberichte der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Zentralbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Weitere Tagungen

des "Seminars für freiheitliche Ordnung"

in Boll (Änderungen vorbehalten):

Der Bildungsgutschein – ein Schritt zu pädagogischer Freiheit und Vielfalt

5.–6. Oktober 2002

Der Föderalismus – reformbedürftig in Deutschland und Europa

16.–17. November 2002

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars
Badstr. 35, 73087 Boll
Tel.: 07164 – 3573 | Fax: 07164 – 7034
E-Mail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

Elemente eines Paradigmenwechsels in der monetären Ökonomie

32. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 19. und 20. Oktober 2002 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Maria-spring in Bovenden bei Göttingen mit Vorträgen von Prof. Dr. Otto Steiger (Universität Bremen): "Eigentumstheorie der Wirtschaft versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum". Prof. Dr. Thomas Huth (FH Nordostniedersachsen Lüneburg): "Mo-

netäre Zinserklärung nach Gesell/Keynes: Kritik und Weiterentwicklung". Prof. Dr. Mathias Binswanger (FH Solothurn-Olten/Schweiz): "Komplementärwährungen: Wirtschaften ohne Schulden und Zins".

Informationen über die neue Tagungsstätte der Mündener Gespräche und eine genaue Wegbeschreibung auf der Homepage:

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Ekkehard Lindner

Behrensener Str. 18, 37186 Moringen

Telefon und Fax: 05503 – 3205

E-Mail: SG.Lindner@t-online.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Helmut Creutz

Monheimsalle 99, D-52062 Aachen

Prof. Dr. Roland Geitmann

Martin-Bucer-Str. 6, D-77694 Kehl

Dr. Erhard Glötzl

c/o SBL – Stadtbetriebe Linz

Gruberstr. 40 – 42, A-4010 Linz

Dr. Hugo Godschalk

Im Uhrig 7, D-60433 Frankfurt/M.

Dipl.-Vw. Ass.Jur. Jörg Gude

Wiedel 13, D-48565 Steinfurt

Prof. Dr. Thomas Huth

c/o Fachhochschule Nordostniedersachsen

Volgershall 1, 21339 Lüneburg

Fragen der Freiheit

Beiträge zur freiheitlichen Ordnung
von Kultur Staat und Wirtschaft

Der Inhalt des Heftes 258/2001:

Manfred Treber

**Klima, Politik und Wissenschaft –
der internationale Klima-
verhandlungsprozess und der
Beitrag der Wissenschaften**

Patrick Graichen

**Umweltpolitische Instrumente
für den Klimaschutz – mengen- und
preispolitische Ansätze**

Fritz Andres

Klimapolitik als Ordnungspolitik

**Brief an die Freunde und Förderer
der Ökologischen Steuerreform**

Der Inhalt des Doppelheftes 259-260/2001:

Dieter Suhr †

**Gleiche Freiheit –
Allgemeine Grundlagen und
Reziprozitätsdefizite in der
Geldwirtschaft**

Nachdruck der Erstausgabe

Augsburg 1988

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preis des Doppelheftes: 10,00 Euro

Gesamtinhaltsverzeichnis der Hefte 201(1990)
bis 250(1999) im Heft 250



Seminar für freiheitliche Ordnung

Badstr. 35, 73087 Boll

Tel.: 07164-3573 | Fax: 07164-7034

E-mail: info@sffo.de | www.sffo.de